

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

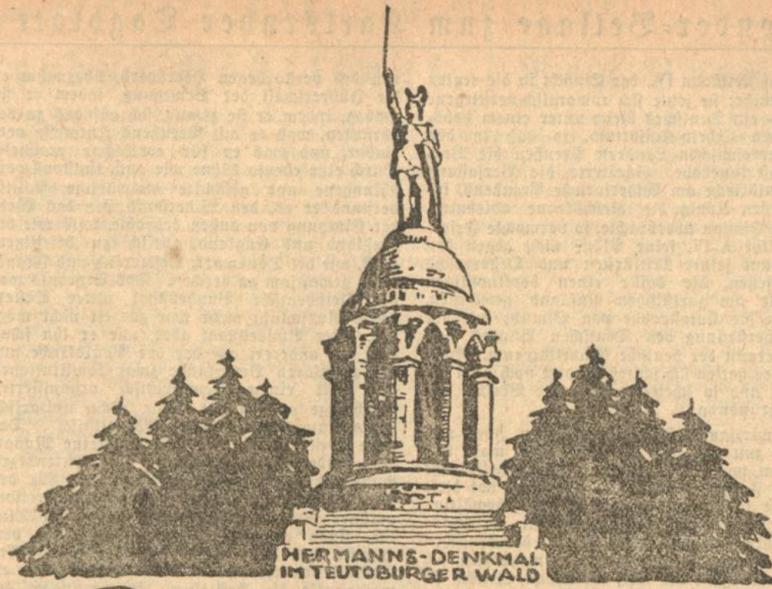
Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

17 (18.1.1921) Sonder-Beilage zum Karlsruher Tagblatt

1871

1921



HERMANNS-DENKMAL
IM TEUTOBURGER WALD

Deutschlands Einigkeit
meine Stärke

18. JANUAR

Meine Stärke
Deutschlands Macht

Sonder-Beilage zum Karlsruher Tagblatt

Geh. Hofrat Universitätsprofessor Dr. Nachfahl. / Das Werden des Deutschen Reiches.

Zwei Wurzeln sind es, aus denen der Stamm des Einheitsstaates, unter dessen Krone das deutsche Volk nach 1871 Jahrzehnte lang glücklich lebte und wirkte, emporgewachsen ist, die Idee und die Macht. Die Idee war das Ursprüngliche; sie wurde die Idee selber Macht und suchte außer ihr vorhandenen Mächte sich dienstbar zu machen, bis dann die Macht schließlich die Idee unter ihre Fittiche nahm und zum Siege führte.

Nicht viel mehr als ein geographischer Begriff war Deutschland seit der zweiten Hälfte des Mittelalters. Wohl gab es ein deutsches Reich und eine römisch-deutscher Kaiser; aber dieses Reich war nichts weniger als ein Staat, und so wurde auch der Kaiser nicht in Ansehung Deutschlands ein wahres Staatsorgan und Staatsoberhaupt, der Träger einer wahrhaftigen Staatsmacht und Staatsgewalt sein. Die Fülle der staatlichen Rechte, die Attribute der staatlichen Gewalt fanden bei den Fürsten, welche ursprünglich als laienliche Beamte die Vorgesetzten der einzelnen Provinzen des Reiches, nämlich seiner Grafschaften, gewesen, dann aber zum Kaiser zwar lehnsträchtige, sonst jedoch selbständige Inhaber von Regierungsbefugnissen geworden waren. Im Laufe der Jahrhunderte haben sie ihre Stellung auf Kosten des ganzen Reiches, immer mehr ausgebaut und befestigt; der dreißigjährige Krieg besiegelte diese Entwicklung, indem der Beständige Frieden, der ihn abschloß, den Territorien die völkerrrechtliche Persönlichkeit, Bewegungsfreiheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik gewährte. Das Reich, zudem schon früher und auch noch jetzt nur noch ein völkerrichtlicher Bund, verlor in seinem Gebietsumfang, durch die Veräußerung der Schweiz und der Niederlande, die Verdrängung seitens Polens, Frankreichs, Schwedens, war kein Staatswesen mehr, es war ein corpus aliquid irregulare ac monstrosum, wie Pufendorf es bezeichnete, der es in drei getrennten staatsrechtlichen Kategorien zu ordnen wußte. Es war, im rechten Sinne der Sache, nur noch ein völkerrichtlicher Bund, dessen Glieder so gut wie souverän dastanden; die Reichsmacht war eine völkerrichtliche Angelegenheit, ein Gesandtenkongreß, der jetzt noch in Regensburg tagte; der Kaiser war für das Reich kein wirklicher Monarch, sondern nur der Präsident eben dieses Völkerrundes, der in inter pares, ohne reale Herrschaftsbefugnisse, die Bestimmung seit dem Ende des Mittelalters aus dem Geschlechte der Habsburger, die Fürsten gewählte, zählten die Kaiser der gewaltigen Potentaten Europas; aber die Macht beruhte nicht auf dem Kaiserthum, sondern auf erster Linie auf ihren zum Reich gehörenden Territorien, sondern auf ihren außer Reichs liegenden Besitzungen, Böhmen, Ungarn und Spänien in Italien und Belgien. So stellten sie in der ganzen Welt eine wahre Weltmacht dar, für welche das deutsche Reich, wenigstens dessen Krone sie mit dem römisch-deutschen Kaiserthum umwob, ein höchst ehrenvolles, doch nur ein faktisch ziemlich geringfügiges Anhängsel bedeutete, und eben dieses Anhängsel übertrug der Kaiserthum für Deutschland selbst des Charakters einer Fremdherrschaft, der das Reich von innen her unterlag. Das Deutsche Reich war nicht ein absolutistisch regierter Staat, sondern ein Bund faktisch souveräner, meist absolutistisch regierter Staaten, der der Hegemonie des Hauses Habsburg unterlag, das also die Kräfte des deutschen Volkes gegenwärtigen und künftigen des europäischen Staatensystems seinen eigenen dynastischen Interessen dienlich zu machen trachtete, die den eigentlichen deutschen Interessen oft weit mehr gemein hatten, — insofern die Reichsmacht nicht ihren besonderen Gesichtspunkten der Direktiven fremder Mächte folgten, zu dem Reichthum des großen Volkthums Europas durch die habsburgisch-französische Rivalität beherrscht, und immer wieder strebte Frankreich danach, sich die Hegemonie der französischen Fürsten gegen das

Haus Oesterreich zu verschern, zeitweise mit solchen Erfolge, daß es sich mit diesem in die Herrschaft über Deutschland zu teilen schien. Und schon wuchs dem österreichisch-habsburgischen Kaiserthum ein neuer Nebenbuhler heran, auf dem Reichsboden selber, der kräftig aufblühende brandenburgisch-preussische Staat des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen. Indem dieser Schlesien siegreich gegen Maria Theresia behauptete, drängte er Oesterreich aus Norddeutschland heraus, schuf er eine neue Großmacht in Europa welche auch Oesterreich seine Stellung in Deutschland überhaupt streitig zu machen, um so mehr geeignet war, als sie anders, wie die habsburgische Großmacht, einen vorwiegend deutschen Charakter trug. So kündete sich der österreichisch-preussische Dualismus in Deutschland an: Habsburg oder Oboenzollern? — das wurde die Forderung.

Das war ein Zustand, der das deutsche Volk in das Dilemma gegenüber den anderen großen Völkern Europas brachte. Ueberall sonst, mit Ausnahme nur noch Italiens, das sich in ähnlicher Lage wie Deutschland befand, bestanden national geschlossene Staaten; alle ihre Kräfte waren einheitlich organisiert und den nationalen Interessen und Bedürfnissen zur Verfügung gestellt. Deutschland war kein Staat, sondern zerfiel in eine Menge größerer, kleinerer und kleinster Staaten, die ihre Sonderziele verfolgten, die sich fremden Einflüssen unterwarfen, die sich, der eine auf Kosten des andern, zu bereichern, zu vergrößern und zu befestigen trachteten; der österreichisch-preussische Gegensatz ließ schließlich allen andern den Rang ab. Politische Ohnmacht und Herrlosigkeit, Staatslosigkeit des deutschen Volkes als Gesamtheit schienen für immer festgelegt; alles lief darauf hinaus, die Kräfte der Nation gegeneinander auszuspielen, zu binden und dadurch ihre Betätigung nach außen zu verhindern; so konnte sie niemals eine ihrer Größe angemessene und würdige Stellung im Rate der Völker Europas erringen. Nicht das man das nicht in Deutschland selbst bitter empfunden hätte. Die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ist die Morgenstunde des Erwachens der deutschen Idee. Sie entfaltete ihre erste Blüte auf dem Grunde unserer geistigen Kultur, die klassische Literatur, die neue Philosophie erzeugten ein hohes gemeinsames Bewußtsein. Man war stolz darauf, jetzt als Kulturnation hinter feinen der anderen Völker Europas mehr zurückzustehen, — aber nahm die Nation, die so Großes auf dem Felde des Geistes leistete, auch als Ganzes einen gebührenden Platz in Europa ein? Herrschten in ihr staatlche Zustände, wie sie ein Volk verdienen, dessen geistige Großtaten die Welt mit Stämmen erfüllen? Nimmermehr verirrte sich die Zämmerrückheit der bestehenden Kleinstaaterei, der absolutistisch-feudalen Einrichtungen in Staat und Gesellschaft, der Abhängigkeit vom Auslande mit dem Selbstgefühl und den politischen Idealen einer aufstrebenden, geistig hochstehenden Schicht, welche die Trägerin einer glänzenden, tief innerlichen Geisteskultur war: Freiheit und Vaterland, das waren die Zauberworte, welche die geistige Gemeinde, die nimmermehr die Führung des Volkes übernahm, auf stärkste durchdrangen. Damit verbunden lag politische Ideen, die bereits seit mehr als einem Jahrhundert in den politisch fortgeschrittenen Ländern Westeuropas ausgebildet und verbreitet worden waren, sowie Erinnerungen an die frühere Größe und Herrlichkeit des deutschen Volkes, die um so lebhafter und mächtiger sich hervordrängten, je mehr Deutschland im Zusammenhang mit den französischen Revolutionskriegen wieder fremder Eroberungssucht preisgegeben ward. Es begann eine neue Periode deutscher Geschichte, welche die nächsten beiden Menschenalter umfaßte.

Zwei Momente sind es, welche die deutsche Geschichte in diesem Zeitraum, zwischen den Kriegen gegen den ersten und dritten Napoleon, charakterisieren: die nationale Bewegung und die Verfassungsbewegung. Die französische Zwingherrschafft und die Freiheitskriege bedeuteten für Deutschland die Geburtsstunde dieser

neuen Entwicklung. Damals wurde das Leben in Staat und Gesellschaft von den Reiten der aus dem Mittelalter überkommenen feudalen Institutionen gereinigt. Die naturrechtlichen Prinzipien der individuellen Freiheit und Gleichheit dienten dieser Reform als Maßstab und Ideal. In ihrem Gefolge stellten die mit ihnen durch den gemeinsamen Ursprung auf dem Boden der naturrechtlichen Doktrin auf das engste verbundenen, ihrem inneren Wesen zufolge mit ihnen unzertrennlich verbundenen Postulate der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit ihren Einzug. Noch regten sie sich freilich erst schwach, und es ward ihnen von oben mehr Verleihung als Erfüllung zuteil. Vor allem galt es damals, das Nationalgefühl zu erwecken und zu kräftigen, um an ihm einen Bundesgenossen wider den fremden Eroberer zu gewinnen; alles drängte darauf hin, das Nationalgefühl zur eigentlichen Grundlage des Staatswesens, zu seiner stärksten Triebfeder zu erheben. In einer doppelten Gestalt offenbarte sich das wachsende nationale Bewußtsein. Des ersten Nationalismus und der weltbürgerlichen Tendenzen des 18. Jahrhunderts milde, flüchtige sich der vaterländische Sinn aus der trüben Gegenwart in die Glanzzeit der deutschen Geschichte: das Mittelalter, bisher als eine Periode finsterner Barbarei und Dunkelheit betrachtet, wurde in immer wieder neuen Wendungen als die Blüte des deutschen Wesens gepriesen — so entstand jene geistige Bewegung, die wir die Romantik nennen. Noch in einer anderen Erscheinungsform äußerte sich der in der Regeneration begriffene nationale Geist. Er konnte sich mit den in Westeuropa zur Ausbildung gelangten naturrechtlichen, liberaldemokratischen Ideen verbinden; auch in Deutschland vermochte die Idee der Nationalsoveräntheit, die in Frankreich während der Revolutionskriege so großartige Triumphe errungen hatte, ihre gewaltige Schwingen zu entfalten. Nicht nebeneinander standen die Wiege der Romantik und die der Souveränität des deutschen Volkes; und diese letztere sich gleichsam erst ihren Körper, den nationalen Staat, schaffen mußte, so hatte auch jedes Streben nach Wiederwedung des alten Reiches in voller Herrlichkeit die Begründung eines wahrhaft nationalen Staatswesens zur unbedingten Voraussetzung.

Die Idee war geboren; sie war der Grund, von dem die Einheits- und Verfassungsbewegung getragen war, welche von jetzt ab den Gang der deutschen Geschichte bestimmte; in der besonderen Idee der nationalen Souveränität des deutschen Volkes stießen sie mehr und mehr in der Folgezeit ineinander zusammen. Keineswegs bedeckte sich die Idee der nationalen Einheit und die Idee der nationalen Souveränität; mehr und mehr aber kam bei den Massen die erstere in der Form der zweiten zum Ausdruck. Man konnte freilich, wie der spätere König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und die Romantiker, die, wie er, im Bankeisse der göttlichen Gedanken standen, jener leidenschaftlich angetan sein und doch diese als eine Ausgeburt revolutionärer Eitelkeit auf das härteste verabscheuen. Bis der Einheits- und Freiheitsgedanke wirklich die Massen durchdrang, dauerte es freilich noch lange, nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte. Nach den Freiheitskriegen, nach dem mit Hilfe der nationalen Idee der deutsche Boden von der Fremdherrschaft gesäubert worden war, wurden die alten Zustände im weitestlichen wiederhergestellt. Das alte römisch-deutsche Reich war zwar zusammengebrochen; es entstand dafür der deutsche Staatenbund, der, wenn er auch nicht mehr den Namen des Kaiserthums trug, dem alten Reich doch insofern im großen und ganzen gleich, als auch er, wie jenes, eine Föderation souveräner Staaten unter österreichischer Hegemonie bedeutete; ein wirkliches Staatswesen war er ebensovwenig, wie jenes. In einigen mittleren und kleinen Staaten wurden einige Zugeständnisse an die Verfassungsbewegung gemacht. Die deutschen Mächte aber, die beiden deutschen Großmächten, Oesterreich und Preußen, stellten bei sich den patriarchalen Absolutismus so wieder her, wie er vordem bei ihnen bestanden hatte, und noch viel weniger wollten sie von einem nationalen Freiheitsstaate auf der Basis einer freiwilligen Ge-

samtverfassung des deutschen Volkes, geschweige denn der Volkssouveränität, das geringste wissen. Oesterreich konnte bei seiner nationalen Zusammenziehung keinen deutschen Einheitsstaat brauchen, nicht einmal, so war es Metternichs Ueberzeugung, nur für sich selbst eine Verfassung. Preußen, das vorwiegend deutsch war, war durch solche Rücksichten nicht gebunden, und so lebten denn schon die Patrioten der Freiheitskriege, Arndt, Jahn und Gruner, ihre Hoffnungen auf den Hohenzollernstaat, indem sie sich das neue Reich als einen Bundesstaat unter preussischer Führung dachten. Aber unter dem Einflusse Metternichs beständig, war Friedrich Wilhelm III. weit davon entfernt, solche Bahnen betreten zu wollen; er verließ sich, je länger um so mehr, auf ein starres Akzeptament und die absolute Vollgewalt der Krone.

So war zwar die Idee da; aber sie entbehrte der Macht, und diese stand ihr vielmehr feindlich entgegen. Da war es die Jugend, die das heilige Feuer, den Traum von Kaiser und Reich, schütete und nährte, vor allem die 1815 entstandene deutsche Burschenschaft. Sie pflegte die noch mehr romantisch gefärbten, immerhin liberalen und nationalen Ideale eines Arndt und Jahn, die ja ihre geistigen Väter waren; bei ihr fand aber auch bald die Idee der nationalen Souveränität des deutschen Volkes, der ganze Komplex der demokratischen Vorstellungen und Forderungen Eingang. Auflösung und Verfolgung ward darum ihr Los. Indessen wie oft auch unterdrückt, immer wieder erhob sie von neuem ihr Haupt; Gelden, Kerker und selbst Todesurtheile konnten sie nicht schrecken; das Märtyrertum lockte neue Befehmer. Ihre Anhänger traten hinaus in das Leben; was sie als Jünglinge gelobt hatten, das stellten sie treulich als Männer, in Amt und Würden, im privaten und öffentlichen Wirken. Sie haben das Beste dafür getan, die Ideen der deutschen Einheit und Freiheit so tief in die Herzen des deutschen Volkes zu senken, daß die populäre Bewegung stärker und stärker an schwoll, daß sie eine Massenbewegung von unübersteiglicher Kraft und Macht und dadurch eine Macht wurde, mit der die alten Mächte, namentlich Preußen, schließlich paktieren zu müssen meinten. Aus ihren Reihen gingen die Führer hervor, die Politiker und Parlamentarier von 1848, die Erbkaiserlichen der Paulskirche. Schon 1823 arbeitete ein alter Heidelberger Burschenschaftler, der spätere holländische und bairische General Friedrich von Gagern eine Denkschrift aus, gleichsam im preussisch-deutschen Kaiserthum, deren Inhalt dann sein Bruder Heinrich als Präsident der Frankfurter Reichsversammlung und des Reichsmittelrums von 1848/49 in die Wirklichkeit zu überführen unternahm. Ein Tüßlinger Burschenschaftler, der Württemberger Paul Wenz, war der erste Publizist, der vor der Öffentlichkeit entschieden und eindringlich die Hegemonie Preußens in Deutschland verwarf. Aus der Jencnner Urbürgerlichkeit ging Awe Jens Tornien hervor, der Urheber der schleswig-holsteinischen Bewegung, die der stärkste Hebel der allgemeinen deutschen Bewegung werden sollte, u. zu deren Banner ist schließlich mit gutem Grunde das Schwarzrotgold der Burschenschaft gemordet; als Friedrich Wilhelm IV. diese Farben bei seinem Umritte in Berlin am 21. März 1848 anlegte, da wurde er als der „König der Burschenschaft“ bezeichnet, wie auch Bismarck die Politik Gagerns als „Burschenschaftler“ kennzeichnete. Wie tief die burschenschaftlichen Jugendgedanken in den Männern von 1848 wurzelten, das beweist eine erschütternde Szene aus dem Verfassungsausschuß der Paulskirche. Als der bairische Freiherr von Rotenhan daselbst gegen das preussische Kaiserthum votieren wollte, riefte ihm sein alter Erlanger Bundesbruder, der berühmte Jurist Georg Beseler, einen Zettel zu mit den Worten von Novalis, die ihn sofort umstimmten:

„Wir wollen den Schwur nicht brechen, nicht Duben werden gleich, wollen predigen und sprechen vom Kaiser und vom Reich.“

Idee und Macht mußten zusammenwirken, um die deutsche Einheit zustande zu bringen; davon, ob sie sich zusammenfinden würden, hing es ab, ob eine Lösung der Einheitsfrage über-

Haupt möglich war, davon hinwegzusehen, wer von beiden dabei die Führung haben würde, die Beschaffenheit dieser Lösung. Zweimal im Verlaufe des 19. Jahrhunderts ist sie in Angriff genommen worden, einmal durch die Revolution von 1848/49, sodann in dem siebenjährigen Kriege, den Bismarck 1864 bis 1871 zuerst gegen Dänemark, darauf gegen Österreich und endlich gegen Frankreich führte. Das erste Mal hatte die Führung die Idee, und zwar in ihrer besonderen Ausprägung als die der nationalen Souveränität des deutschen Volkes, und wäre das neue Reich damals gebaut worden, so hätte es ihren Stempel getragen. Denn was sie erstrebte, das war, wenn nicht überhaupt, wie die Radikalen wollten, die Republik, so doch höchstens ein unitarisch gerichteter, parlamentarisch regierter Einheitsstaat, in welchem der Schwerpunkt der Gewalt nicht beim konstitutionellen Kaiser, d. h. bei der Krone Preußens, lag, sondern beim Parlament als der Vertretung der souveränen Nation, während Preußen als solches, als historisches Staatsgebilde, im ganzen restlos aufging und verschwand. Aber soweit wollte sich Friedrich Wilhelm IV. nicht treiben lassen, wenigstens nationale Aspirationen auch seine Brust erfüllten. Keineswegs verschmähte er an sich den Bund mit der populären Bewegung, so daß es zeitweise schien, als sollten sich Macht und Idee schon damals finden. Aber er wollte sich nicht einfach dem Gebote der Volkssouveränität beugen und Preußens geschichtliche Eigenart und selbständige Machtstellung opfern: gar wollte er einen konstitutionellen Bundesstaat; aber darin sollte die Krone Preußens der maßgebendste und politisch maßgebende Faktor sein, nicht Parlament und Volkssouveränität. Daher verwarf er das Kaiserium der Paulskirche mit der demokratisch-unitarischen Verfassung, in der es wurzelte. Unzweifelhaft fehlte es der Paulskirche an Sinn und Augenmaß für die Wirklichkeit: sie schrieb sich eine Allgewalt zu, von der sie sich immer weiter entfernte, je mehr sich die Fluten der Revolution vertiefen; sie unterschätzte den Widerstand der Mächte Europas gegen die deutsche Einigung, sowie der deutschen Höfe, die auf die Erhaltung ihrer Souveränität bedacht waren, voran Österreich; sie verkannte, daß ihre Macht nur soweit reichte, als Preußen ihr sein Schwert zur Verfügung stellen wollte und konnte. Ganz ebenso entbehre die Politik ihres zeitweiligen Bundesgenossen,

Friedrich Wilhelm IV., der Einsicht in die realen Verhältnisse; sie setzte sich romantisch-versteigene Ziele — ein Deutsches Reich unter einem habsburgischen Schein-Kaiserium, so daß in den nichtstärkerreichen Ländern Preußen die Vorkherrschaft innehatte. Scheiterte die Verfassung der Paulskirche am Widerstande Preußens, in dem dessen König die Reichskrone ablehnten, die ihm Simon überbrachte, so vermochte Friedrich Wilhelm IV. seine Pläne nicht gegen den Widerstand seiner Mitfürsten und Österreichs durchzusetzen, die dafür einen bereitwilligen Rückhalt am zaristischen Rußland gewannen. Es kam die Katastrophe von Olmütz; mit der Wiederherstellung des Deutschen Bundes von 1815 zerrann der deutsche Einheitsstraum. Macht und Idee hatten sich schließlich doch noch nicht gefunden, und so scheiterte der erste Versuch der Reichsgründung.

Ein wirksames Bündnis zwischen Idee und Macht zustande zu bringen, das war das Problem, von dem die Lösung der Einheitsfrage für die Folgezeit abhing — Bismarck hat diese Aufgabe in Angriff genommen und bewältigt, er, der Meister realpolitischer Kunst. Er wurde der wahre Baumeister des Domes der deutschen Einheit; unter seinem Einflusse wandelten sich sowohl die Idee als auch die Macht, lernten sie Beide die Dinge so sehen, wie sie lagen, und das zu wollen, was erreichbar war. Im Jahrzehnte der Reaktion zurückgedrängt und gemahnt in Schranken gehalten, lebte die populäre Bewegung mit dem Beginne der neuen Ära in Preußen, als Friedrich Wilhelm Bruder Wilhelm hier die Zügel der Herrschaft ergriff, von neuem auf. Im Nationalverein sammelte und organisierte sie ihre Anhänger; auch in den Kreisen der Regierenden drang der nationale Gedanke nunmehr ein: unversehens sind die Verdienste, die sich um seine Annahme und Befestigung zumal in Süddeutschland Baden, der Großherzog Friedrich und sein Ratgeber, der Freiherr von Roggenbach, erworben haben. Maßgebend für den Nationalverein und die populäre Bewegung überhaupt blieb die Tradition der Paulskirche: ein parlamentarisch-unitarischer Bundesstaat unter preussischem Kaiserium, Verweisung der Fürsten in das Oberhaus, Verlegung des politischen Schwerpunktes in das Unterhaus. Ebenso wenig wie Friedrich Wilhelm IV. wollte sich Bismarck diesem Programm der Erbkaiserlichen fügen; aber frei von den romantischen Illusio-

nen des verstorbenen Herrschers, übernahm er die Führerschaft der Bewegung, indem er sie umbog, indem er sie zwang, sich auf das zu beschränken, was er mit Preußens Interesse vereinbar, und was er für erreichbar erachtete. Durch eine ebenso kluge wie auch kunstvoll-verfälschene und geschickte auswärtige Politik verstand er es, den Widerstand, der das Werk der Einigung von außen bedrohte, teils wie bei Rußland und England, gütlich zu besänftigen, teils wie bei Dänemark, Österreich und Frankreich, gewaltsam zu brechen. Das Ergebnis war der kleindeutsche Bundesstaat unter Österreichs Ausschluß; mehr war zurzeit nicht möglich. Der Bundesstaat aber, wie er ihn schuf, war ein anderer, wie der der Paulskirche und der populären Bewegung: zwar konstitutionell und mit einem demokratisch organisierten Reichstage ausgestattet, aber nicht unitarisch-parlamentarisch, sondern föderalistisch. Das neue Kaiserium wurde überhaupt keine Monarchie, sondern war nichts als eine Ehrenbezeichnung für das Bundespräsidium, d. h. für den Vorsitz im Bunde formell gleichberechtigter souveräner Staaten. Aber eben in diesem Titel lag eine gewaltige Schwungkraft; er verknüpfte das neue Reich mit der glorreichen Vorzeit deutscher Macht und Größe, und erweckte also die heiligsten Erinnerungen der deutschen Vergangenheit, um sie fruchtbar zu machen für Gegenwart und Zukunft: das war der letzte und wirksame Nachhall der Romantik. Nicht das Parlament, d. h. der in wechselläufigen Parteimehrheiten zum Ausdruck gelangende Volkswille, wurde die entscheidende Instanz im neuen Reiche, sondern die Gesamtheit der Bundesregierungen in ihrer kollegialen Zusammenfassung und der Gewalt des Bundesrates, und das hieß letzten Grundes, mochte dies darin auch an sich überstimmt werden können, Preußen, das ja darin nicht nur den Vorsitz hatte, sondern auch bei seiner gewaltigen materiellen Heberlegenheit jederzeit seine Autorität zur Geltung zu bringen vermochte. In der Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 bereits hatte Bismarck die Formel für diese Lösung gefunden. In dem Winter 1870/71, durch die Verhandlungen in Versailles die Reichsgründung derart vollzogen, daß sich die süddeutschen Staaten einfach unter bestimmten Bedingungen dem Norddeutschen Bunde anschlossen, wurde die norddeutsche Bundesver-

fassung mit den Institutionen des Bundesrates und des Kanzleramts zur Verfassung des neuen Reiches. Er nötigte die Liberalen, die mit weitergehenden parlamentarischen Ansprüchen auftraten, sich mit dem zuzufrieden zu geben, was er ihnen also bot; d. h., indem er also die nationale Idee verwirklichte, entkleidete er sie ihres Charakters als Idee der nationalen Souveränität des deutschen Volkes — eine andere Einigung der deutschen Frage ließ sich damals im Tat bei der Lage der Dinge nicht finden. Ist bekannt, welche Schwierigkeiten es kostete, die Süddeutschen auch nur für diese des Bundesstaates zu gewinnen und mit ihrer hochherziger Selbstlosigkeit hier Baden und die Genossen diesseits des Rheins mit guten Beispielen voranzugängen. Gewiß konnte Bismarck damals auf diese einen stärkeren Druck ausüben und sie zu weitergehendem Verzicht auf Souveränitätsbefugnisse zwingen, mehr im Sinne einer unitarischen Lösung — aber für die Idee der Reichsgründung mit einem inneren Konflikte eröffnen, während man im Felde stand, und es also von Anfang an möglich und riskant anlegen? Er ließ sich in keinem Standpunkte auch dadurch nicht beirren, daß die preussische Thronerbe die Tradition der Paulskirche vertrat, und wie er also den Widerstand der Kronprinzen überwinden mußte, so hatte andererseits alle Mühe, es bei seinem alten Herrn so weit zu bringen, daß sich dieser innerlich mit dem Gedanken an Reich und Kaiserium aussöhnte und befreundete. Als er ihn endlich so weit hatte, da wollte Wilhelm I. wiederum mehr, als der Kanzler in Rücksicht auf die übrigen Fürsten für angängig erachtete, wollte nicht nur Deutscher Kaiser, sondern Herr von Deutschland heißen. Das erzeugte eine Verstimmung, die ihre Schatten bis in die Proklamierung des neuen Kaiseriums hinein warf, und abermals war es der Großherzog von Baden, der das vermittelnde und erlösende Wort fand und sprach.

Was 1848/49 gescheitert war, das kam 1871 zu Stande, das Zusammenwirken von Macht und Idee und damit die Reichsgründung dankbar erinnern wir uns daran am heutigen Tage, und ist das letzte Deutschland auch heute mehr so, wie es vor fünfzig Jahren aus Bismarcks schöpferischer Hand hervorging, das ist uns doch geblieben und wird uns bleiben.

Hans F. Helmolt. / Ein halbes Jahrhundert Reichseinheit

Nach vor Schluß des Jahres des Unheils 1920 hat sich die Reichsregierung dahin „schlüssig gemacht“, von der Verfassung des 18. Januar 1921 als eines staatlich anerkannten Feiertags im Wege der Gesetzgebung abzusehen. Sie hat es aber als wünschenswert erachtet, daß an diesem Tage in den Schulen der Einigung der deutschen Stämme durch die Gründung des Reiches und seines nunmehr fünfzigjährigen Bestands in angemessener Weise gedacht werde. Gleichzeitig hat der Reichsminister des Innern die Landesregierungen gebeten, in dieser Richtung alsbald das Weitere zu veranlassen. Dies die amtliche Grundlage und Erlaubsnis zur festlichen Begehung des 18. Januar, überaus bezeichnend für die innere wie äußere Unfreiheit unserer Lage. Angesichts der gebieterischen Notwendigkeit, in produktiver Arbeit greifbare Werte zu schaffen, ist es an und für sich gut, daß dieser „dies Martii“ nicht durch eine leider sonst so willkommene Arbeitsniederlegung entheiligt werde, sondern in volksetymologischer Übertragung ein „Diensttag“ bleibt. Andererseits hätte es durchaus nichts geschadet, wenn die Reichsregierung das Sachliche ihres Erlasses nicht bloß sonst als Wunsch, sondern kategorisch als Muß hinausgegeben hätte. Davon hätte sie weder die Sorge vor etwaigen Taktlosigkeiten in Verherrlichung des Kaisergedankens, noch die Angst vor dem Stürzen der Entente — die natürlich prompt jede Beugungnahme auf das halbhundertjährige Jubiläum des „ersten“ Versailles Ereignisses im besetzten Gebiete verboten hat — abhalten sollen. Wer des Tages der Grundsteinlegung unseres Deutschen Reiches überhaupt mit ehrlichem Danke gedenkt, der muß sich von vornherein klar darüber sein, daß es dabei ohne eine Erinnerung an die Kaiserherrlichkeit von einst nicht abgehen kann und wird sich innerlich damit abfinden, weil er weiß, daß ohne sie auch unser staatlicher Bestand von heute völlig in Frage gestellt wäre. Mehr noch als der unentwegte Monarchist hat gerade der überzeugte Demokrat, dessen Lehrgedanke das Bekenntnis zum nationalen Unitarismus enthält, allen Anlaß, am 18. Januar 1921 eine dankbare Feiertagsstimmung walten zu lassen.

Jedem Volke, das etwas auf sich hält, ist das Streben nach staatlicher Einigung angeboren. Wir haben jetzt kein Recht, uns neben die festen und mächtigen Nationalstaaten Frankreich, Großbritannien, Italien zu stellen, sondern eher Ursache, das Aufsteigen bisher verachteter Gebilde wie Rumaniens, Serbiens, Polens aufmerksam zu verfolgen. Wenn es den Deutschen immer und immer wieder nur unglücklich schwer gelingen mochte, zur Einheit zu gelangen, so lag die Schuld an einer unserer Naturanlagen: der Eigenbrödelerei. „Volk und Knecht und Überwinder, sie stehen zu jeder Zeit: höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit“ — sehr schön. Aber dabei kann schließlich Volk und Knecht zum Teufel gehn. Nicht jeder ist ein Riese, Herrmenschen und Halbgoth, dessen innere Entfaltung den Vorrang vor allen übrigen zu beanspruchen hätte; und quod licet domi, non licet fori. Derselbe Goethe, von dem jener Vers stammt, sagt auch: „Kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an!“

Diese Mahnung ist durch viele Jahrhunderte hindurch bald von diesem, bald von jenem Gliede, bald von allen zu dauerndem Schaden des Ganzes übersehen und vergessen, verhöhnt und mißachtet worden.

Die Behauptung seiner Rechthaberei stand dem einzelnen Deutschen höher als die verständige Einordnung in die Gesamtheit der nationalen Interessen. Und das traurige Ergebnis war jene unselbige Zersplitterung, der wir die Reichsgründung des 17. und 18. Jahrhunderts verdanken. Was wollten denn die 24 Einzelgewalten, in die nach dem weisfälligen Frieden das sogenannte Deutschland zerfallen war, tatsächlich bedeuten gegenüber der imponierenden Macht und dem magnetartig anziehenden Glanze des Ludovizianischen l'état c'est moi! Schließlich war es eben doch nur der nüchtern entscheidende Schlußsatz unter einem bisher mühsam verschleierte Diktator, als am 6. August 1806 Franz II. die deutsche Kaiserwürde niederlegte und damit einem tausendjährigen Reiche selbst sein Scheitern absprach.

Nun aber, wo man seiner entbehre, da empfand man umso heftiger die Größe des Verlustes, die Schuld der Versäumnisse von einst. Die nächsten vier Jahrzehnte sind durchlungen von immer wiederkehrenden, immer lauter tönenden Stimmen, die bald trauernd nach der Kaiserkonzentration der Karolinger, der Ottonen, der Heinrichs und der Friedrichs riefen, bald den Beschwichterler Metternich verpötelten, dem an der Aufrechterhaltung der verböhrlichen Kirchhofsruhe alles gelegen war. Aus diesem Chöre sei nur ein einziger Ruf verzeichnet. Er kam aus Süddeutschland. Johann Georg Fischer war es, der zugleich fragte und forderte:

„Zeit aus der Führer würdemanken
Ein so antiker, ganzer Mann,
Der den unsterblichen Gedanken
Der deutschen Größe fassen kann?
Der ihn' Ansehen und Erbarmen
Anstreibt den schönsten Sonderquart
Und dann mit unbeugbaren Armen
Zu runden weiß die deutsche Mark?
Nur Einen aus den Millionen,
Soweit die deutsche Langmut haust!
Zum Heil der Völker und der Thronen
Nur eine eiserne harte Faust!
Die wie ein Blitz durch alle Grade
Empor sich zum Diktator schwingt
Und die Rebellen ohne Gnade
Zu starrer Foch der Einheit zwingt!“

Schon schien es so, als ob sich in König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, dem schon 1831 Paul Aphatis Fischer vorgearbeitet, 1848 Friede, Daniel Bassermann den Weg geebnet hatte, der deutschen Nation dieser ersehnten Eine darböte — da brachte der April des Jahres 1849 die bittere Erkenntnis, daß vom Gottesgnadentume kein Volkskaiser zu erwarten war. Ja, anderthalb Jahre darauf hat zu Olmütz das stolze und sonst so selbstbewußte Preußen bei Österreich ausdrücklich um Entschuldigung, daß es jemals eine solche Beeinträchtigung des hohen Souveränitätsgedankens überhaupt erwoogen hatte. Aber wenn es auch in den oberen Regionen so beschämend ausah — die Nation selbst ließ sich nicht um ihre schönste Hoffnung betrügen. Und der von Fischer ausgeprophete Schrei fand Erfüllung. In die Dienste der Einheitsbewegung stellte sich ein Mann,

der, da es eben auf der geraden Straße des Rechts und der ruhigen Auseinandersetzung nicht gehen wollte, den gefährlichen und ungeheuren Pfad der List wählte, der, da es im Guten durchaus nicht ging, mit Gewalt die kleindeutsche Einigung vollzog. Das ist der tiefere Sinn und das Verdienst der Tat Bismarcks. Wir Deutschen müssen zu unserem Heile gezwungen werden — von selber kommen wir nie dazu, sondern verschmerzen es mühselig. Vor 111 Jahren sang Seume mit Recht: „Einheit nur kann das Verderben hemmen, und die Einheit schieben wir wie die Pest.“ Der Zweifel ist's, der Gutes böse macht. Vor lauter Bedenkllichkeiten verloren wir immer wieder Zeit und Ziel, bis endlich das Menschliche, Allmenschliche des deutschen Politikers in Otto v. Bismarck seinen genialen Meister und Kollaborator fand. Das Symbolische der Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Versailles Schlosses liegt weniger darin, daß sich Preußen in drei Kriegen das Führerzeugnis, den Befähigungsnachweis der Vorkherrschaft im neuen Deutschland erstritten hatte, als vielmehr darin, daß derselbe König von Bayern, der noch im Sommer 1866 während des Bruderkrieges auf gegnerischer Seite gestanden hatte, nun Ende 1870 in seinem Namen und dem aller anderen deutschen Fürsten und freien Städte König Wilhelm, den Siegreichen, um Übernahme der Kaiserwürde bat. Ohne diese Überbrückung der Mainlinie hätte das neue Deutschland von Anfang an auf schwachen Füßen gestanden. Sie allein hat das Reich und den Einheitsgedanken über den jähen Zusammenbruch von 1918 hinausgerettet.

So ist es auch damals, auf der Wende von 1870 zu 1871, deutlich empfunden worden. Gewiß haben in gefühlsmäßiger Überschwang begierter Dichter die Erinnerung an die alte Stauferherrlichkeit heraufbeschworen und das Krächzen der Raben über dem ehrwürdigen Haupte Kaiser Rotbars lobesam verschmühen lassen. Aber die Hauptkernkraft innerhalb Deutschlands, das Aufgehren des unleidlichen Zustands, daß die Teile mehr sein wollten als das Ganze. Wie der greise Kaiser Wilhelm I. selber fühlte, daß sein Preussentum zum Wohle der Gesamtheit Opfer zu bringen habe, so machten sein Takt und Parteilichkeit wie die überlegene und gerade darum weise schonende Staatskunst seines großen Kanzlers den Einzelgliedern das Einleben in die neuen Verhältnisse so leicht wie möglich. „Bundesfreundlichkeit“ war dem Reichsminister mehr als eine hohle Phrase, mehr als der Ausdruck diplomatischer Höflichkeit — sie war ihm der Inbegriff seiner Verhandlung der Bundesstaaten als gleichberechtigter Mitglieder einer Großmacht. Die Imponderabilien, wie sie nun einmal in „berechtigten Eigentümlichkeiten“ aus einer zweitausendjährigen Geschichte der germanischen Stämme und ihrer Dynastien erwachsen waren, lagen beim ersten Kanzler in besserer Gut. Freilich waren von solcher Anschauung und Handhabung gewisse Hemmungen, die namentlich dem Reichstag, das parlamentarische System und seine Ansprüche trafen, untreubar. Das mußte eben mit in Kauf genommen werden. Und hat sich gelohnt. Denn gerade die elastische Zusammenschweißung von Föderalismus und Unitarismus, von Bundesrat und Reichstag, von Kronrechten und Volksvertretung hat nicht nur zu Lebzeiten des mächtigen Mannes den Partikularismus, unjeren

alten Erbfeind, niedergehalten, hat nicht nur latente Unterminierung durch die Schädlinge wilhelminischen Epigonen-Reiters überdauert, denn sie hat uns auch das Beste der Reichsgründung von einst bewahrt, die Einheit. Darum feiern den 18. Januar 1871 mit aufrichtigem Danke seinen Urheber.

Nun stehen wir seit dem 9. November 1918 die neue Verfassung vom Sommer 1919 im Geiste gehabt hat, innerstaatlich völlig veränderten Verhältnissen gegenüber. Das Kaiserium ist verschwunden, und die mehr als zwanzig Monarchen die sich unter seinem Schatten und Schutze gefühlt, sind mit ihm dahingegangen. Mit der Schläge war die Bahn frei für den Ausbau gemäßigt unitarischen Bundesstaates zu einem zentralistischen Einheitsstaate. Was die Ära des Prinzen Max in zwölfster Stunde zur eines bereits verlorenen Postens stück- und stück verlor hatte, galt es plannmäßig zu vollenden, der frischfröhliche Vorstoß, den im Januar 1919 Reichsamt des Innern wagte, scheiterte im sofort an den Klippen der freiständigen Gewalt, die garnicht daran dachten, ihr langjähriges Dasein auf dem Altare des zentralistischen Systemes zu opfern. Dies Verhängnis durchaus zu der Politik der verpöhten Gelehrten, an denen die deutsche Geschichte seit 1619 so reichlich herausgeronnen ist, trägt den Charakter des Kompromisses sichtbar an der Stirn. Wirklich fällt einem dabei Goethes Epigramm „National-Verjammung“ ein. Seine Verleumdung der recht- und linken Seite, auf dem Weg der Mitte sitzen, stehen sie zum Streite all ungelitten“ treffen wohl auch heute noch zu. Hin bedeutet die deutsche Reichsverfassung vom August 1919 nicht bloß hinsichtlich der Stabilität der Vorkherrschaft des Reichstages, sondern — und das ist das Wertvolle daran — hinsichtlich der Vertiefung des Einheitsgedankens ganz entgegen einem mächtigen Schritt vorwärts. Die Verhältnisse des Reiches sind ausgebeutet bis nahe an die Grenzen dessen, was die Gliedstaaten einzuweilen noch Reste ehemaliger Selbständigkeit und Souveränität hoch und heilig halten. Dabei darf und soll man trotz einer geratime Weile verharren; Ungeheures hier fehlt am Blase. Was sich an innerer Verberung wirklich als unumgänglich notwendig erweist sich im Laufe der Jahre auf dem freien Wege gegenseitiger Verständigung von selber zu sehen.

Einschweilen dräden und beschäftigen uns anderer, schwererer Art. Um sie zu bannen und beheben, gerade dazu bedarf es des unerbittlichen Zusammenhaltens der im Reiche von neuereinteten und seitdem durch reiches Verwöhnt, aber auch durch gemeinsam ererbte Unglück unlösbar aneinander geschmiedeten Stämme, Stände und Städte. Einer für alle für einen! Das sei die Lösung! Dann werden auch bald wieder Führer entstehen, die die Schmach von 1918 durch eine zweite, gebieterische innere Wüte überwinden. Unter diesem Wollen wir heute den 18. Januar begehen. Einem glücklicheren Sterne sollen unsere Ehemaligen Einzel stehen, wenn ihnen nach einem halben Jahrhundert harter Iron ein glorreicher 18. Januar lächeln wird.

Professor Dr. Arthur Böhlingk. / Von Preußen zu Deutschland.

Auf dem Wege zur Entwicklung eines deutschen Nationalstaates gibt es keinen bedeutungsvolleren Gedanken als den 18. Januar. Am 18. Januar 1701, vor 220 Jahren, setzte sich Kurfürst Friedrich von Brandenburg zu Königsberg die preussische Königskrone auf.

Durch die Erwerbung der Souveränität über Preußen, das zu Polen gehörte, hatte der Große Kurfürst das Erbe des deutschen Ordens, angetreten, der bereits das Christentum und damit zugleich das Deutsche mit seiner höheren Kultur bis in die baltischen Provinzen hineingetragen hatte.

Die Jesuiten, die über die polnische Königskrone verfügten, hatten ihm diese angeboten, die Voraussetzung dabei war, daß er römisch-katholisch werde. Hierfür war Friedrich indes nicht zu haben. Er hätte damit auch aufgehört, ein deutscher Fürst zu sein.

Der Zustimmung des Kaisers in der Wiener Hofburg, als des Trägers der römischen Kaiserkrone deutscher Nation, hat indes Friedrich nicht entzogen zu können gemeint; er erlangte sie, indem der Kaiser seinen im Begriffe stand, mit Ludwig XIV. von Frankreich um des spanischen Erbess willen das Schwert zu kreuzen und die Brandenburg-preussischen Bataillone dabei nur zu gut brauchen konnte.

Der König von Preußen ward nicht nur der Beschützer der deutschen Nordmark gegen Polen und Rußland, sondern auch der Verteidiger des Reiches gegen Westen.

Dadurch, daß der Kurfürst von Sachsen, der Vorsteher der evangelischen im Reich, um der polnischen Krone willen zur römischen Kirche übergetreten, Friedrich hingegen so fest beim Protestantismus verblieben war, ging die Führerschaft der evangelischen Reichshände auf Brandenburg über.

Was die preussische Königskrone bedeutete, wußte Friedrich der Große, der ihre Erwerbung durch seinen Ahnen ansehend so gering angeschlagen hat. Sie übte ihn von vornherein, seine Ziele hoch zu setzen, ihr einen zureichenden Mißhalt zu verleißen.

Es ist neuerdings hergebracht, Friedrich den internationalen Politik abzurufen. Man kann ihn aber nicht als den polnischen Krone zwischen Oesterreich und Frankreich, Habsburg und Bourbon (1788

bis 1788), den er im Lager des Prinzen Eugen am Oberrhein mitmachte, hat ihm die Augen für die politische Lage geöffnet. Friedrich Wilhelm I., sein Vater, hatte dem Kaiser Karl sein Kroningent nur unter der Bedingung gestellt, daß die polnische Krone nicht wieder an den Kurfürsten von Sachsen komme.

Daß die französische Politik darauf aus war, sich des ganzen Rheinstroms, als der „natürlichen“ Grenze Frankreichs, zu bemächtigen, lag nur zu klar am Tage.

Die Jesuiten, die über die polnische Königskrone verfügten, hatten ihm diese angeboten, die Voraussetzung dabei war, daß er römisch-katholisch werde. Hierfür war Friedrich indes nicht zu haben.

Der Zustimmung des Kaisers in der Wiener Hofburg, als des Trägers der römischen Kaiserkrone deutscher Nation, hat indes Friedrich nicht entzogen zu können gemeint; er erlangte sie, indem der Kaiser seinen im Begriffe stand, mit Ludwig XIV. von Frankreich um des spanischen Erbess willen das Schwert zu kreuzen und die Brandenburg-preussischen Bataillone dabei nur zu gut brauchen konnte.

Der König von Preußen ward nicht nur der Beschützer der deutschen Nordmark gegen Polen und Rußland, sondern auch der Verteidiger des Reiches gegen Westen.

Dadurch, daß der Kurfürst von Sachsen, der Vorsteher der evangelischen im Reich, um der polnischen Krone willen zur römischen Kirche übergetreten, Friedrich hingegen so fest beim Protestantismus verblieben war, ging die Führerschaft der evangelischen Reichshände auf Brandenburg über.

Es ist neuerdings hergebracht, Friedrich den internationalen Politik abzurufen. Man kann ihn aber nicht als den polnischen Krone zwischen Oesterreich und Frankreich, Habsburg und Bourbon (1788

zerieren im Begriffe stand, um sich des Rheines zu bemächtigen, die deutsche „Macht am Rhein“ erlangt, ist es die preussische Waffenmacht gewesen, die den Franzosen im Rame hielt. Als 1848 die erste deutsche Volksvertretung, das Frankfurter Parlament, zusammen trat, es einen deutschen Nationalstaat aufzurichten galt, erwies sich nur zu bald, daß dies nur mit Ausschluß von Preußen, unter der Vorhut Frankreichs, zu verwirklichen sei.

Gar als es die Schleswig-Vollsteiner, die deutsche Nordmark, vom dänischen Joch zu befreien galt, erwies sich dies nur mittelst der preussischen Heeresmacht möglich.

Als die vom Frankfurter Parlament eingeleitete Reichsregierung den Kampf auf eigene Hand, im Namen Deutschlands, aufzunehmen wollte, befand sie nur ihre völlige Ohnmacht.

Ohne den Mißhalt des preussischen Königtums und seiner Heeresmacht hätte Bismarck die Aufrichtung des deutschen Nationalstaates nie in Angriff nehmen können.

Ohne die preussische Kaiserkrone wäre es nicht zu einer deutschen Kaiserkrone gekommen. Das Bewußtsein hiervon hat es eingeleitet, den 18. Januar, den Preußenjubiläum, auszuzeichnen, um 1871 das deutsche Kaiserthum anzukünden.

Ohne die preussische Kaiserkrone wäre es nicht zu einer deutschen Kaiserkrone gekommen. Das Bewußtsein hiervon hat es eingeleitet, den 18. Januar, den Preußenjubiläum, auszuzeichnen, um 1871 das deutsche Kaiserthum anzukünden.

Ohne die preussische Kaiserkrone wäre es nicht zu einer deutschen Kaiserkrone gekommen. Das Bewußtsein hiervon hat es eingeleitet, den 18. Januar, den Preußenjubiläum, auszuzeichnen, um 1871 das deutsche Kaiserthum anzukünden.

Mit dem römischen Reich deutscher Nation, dem Universalreiche, wie es unter den Anspitzen des Papsttums entstanden war, hatte das deutsche Kaiserreich, wie es im Spiegelaal zu Versailles ausgerufen worden ist, so wenig gemein, daß es aeroderweg im Gegensatz zu diesem erstanden ist.

Zum erstenmal, seitdem es eine deutsche Geschichte gibt, gab es einen auf sich selbst gestellten deutschen Nationalstaat. Obgleich derselbe noch lange nicht alle Deutschen umfaßte, sollte es dabei sein Bewenden behalten.

„Ich nehme die deutsche Kaiserkrone an, nicht im Sinne der Machtentwässerung, für deren Verwirklichung in den ruhmvollsten Zeiten unserer Geschichte die Macht Deutschlands zum Schaden seiner innern Entwicklung eingesetzt wurde, sondern mit dem festen Vorhabe, soweit Gott Gnade gibt, als deutscher Fürst der treue Schirmherr aller Rechte zu sein und das Schwert Deutschlands zum Schutze desselben zu führen.“

„Deutschland, stark durch die Einheit seiner Fürsten und Völker, hat seine Stellung im Reiche der Nationen wiedergewonnen und das deutsche Volk hat wieder das Bewußtsein nach die Neigung, über seine Grenzen hinaus etwas anderes als den auf gegenseitige Achtung der Selbständigkeit und gemeinsamer Förderung der Wohlfahrt begründeten Verkehr der Völker zu eröffnen.“

„Sicher und befriedigt in sich selbst und in seiner eigenen Kraft, wird das Deutsche Reich, wie ich vertraue, nach siegreicher Beendigung des Krieges, in welchen ein unberechtigter Angriff uns verwickelt hat, und nach Sicherstellung seiner Grenzen gegen Frankreich ein Reich des Friedens und des Segens sein, in welchem das deutsche Volk finden und genießen wird, was es seit Jahrhunderten gesucht und erstrebt hat.“

Und noch einmal in der Proclamation an das deutsche Volk am 18. Januar 1871:

„Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.“

„Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone sollte Gott verleihen, allezeit Mehreres des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit.“

Nicht anders ist es gehalten worden. Durch die Aufrichtung und Sicherung des Deutschen Reiches, inmitten des europäischen Festlandes, ist nicht nur der innere Friede, sondern auch der nach außen gesichert worden.

Geschehen ist geschehen. Das von Preußen angebahnte und ins Werk geleitete deutsche Kaiserthum ist nach menschlichem Ermessen unüberwindlich dahin, die Weltmark und ein Teil der Nordmark verloren, die Diskontinuität des Reiches weit angegriffen, den von fanatischem Deutsenthum besetzten Slaven Tür und Tor geöffnet, keine Soldaten mehr, die Welt uns Deutschen weit und breit verlocken, unsre Hauptkräfte internationalisiert, der Franzose, der Lothar des deutschen Nationalstaates, von seinen Bundesgenossen unterstützt, als unerbitlicher Aufsteiger, mitten im Herzen des Reiches, unsre Wehrmacht gebrochen und in der Bural vernichtet! — Dennoch, hat sich unter deutschem Volk aus dem Trümmerfeld und Gland des dreißigjährigen Krieges heraus- und herausgearbeitet, bis wo es 1914 stand, sollte ich nicht, im Bewußtsein dessen, was es unter den schwierigsten Verhältnissen vermocht hat, eine neue nationale, der Vergangenheit würdige Zukunft beschließen?

Das Verhängnis des dahingesunkenen Kaiserreichs hat darin bestanden, daß es, auf das preussische Schwert gestellt, im Widerstreit eines nur zu großen Teiles des deutschen Volkes erstanden war. Nur zu viele Einzelheiten haben seinem Zusammenbruch Vorschub geleistet. Was durch das selbe für unser Volkstum erungen worden ist, ist indes letzten Endes nicht auszufragen. Die unter dem kaiserlichen Szepter vereinigten Volksteile sind nicht wieder auseinanderzubringen, der Kern des deutschen Nationalstaates bleibt gegeben. Müchte die gemeinsame Not den so tief eingewirkelten Bruderkern, der durch die ganze deutsche Geschichte geht, überwinden! Um eine Nation zu werden, müssen wir erst ein Volk von Brüdern sein. Die mahnenden Worte des sterbenden alten Attinghausen in Schillers Tell: „Seid einig, einig einig!“ können uns nicht oft genug in die Ohren klingen. Aus dem Bewußtsein heraus, daß wir auf uns allein angewiesen sind, soll uns die beste Kraft erwachen.

Geh. Hofrat Dr. Robert Goldschmit. / Die Entwicklung des nationalen Gedankens.

Fünzig Jahre werden am 18. Januar vergangen sein, dem Tage, an dem das Ringen unseres Volkes nach nationaler Einheit zum Abschluß gekommen war. Auf so hohes Alter auch die deutsche Geschichte zurückblicken kann, das Streben nach politischer Ausgestaltung der nationalen Idee, nach Bildung eines deutschen Nationalstaates ist ein Ergebnis neuzeitlicher Arbeit. Aus verschiedenartigen Quellen wurde sie genährt. Die deutsche Urzeit kennt kein nationales Bewußtsein. Kein staatsliches Band verknüpfte die einzelnen Stämme zu einer höheren Einheit. Selbst der gemeinsame Name fehlte ihnen. Zum Reiche Karls des Großen gehörten Germanen, Romanen und Slawen. Sein Staat wie nach ihm der der Ottonen, der Salier und der Hohenstaufen, war kein nationales Gemeinwesen. Das mittelalterliche Kaiserthum war keine nationale Würde. Unsere Kaiser betrachteten sich als die Nachfolger der römischen Imperatoren, als die Erben ihrer Welt Herrschaft. Freilich bildeten die Deutschen mit Stolz auf die überragende Stellung, die ihre Herrscher einnahmen. Galten diese doch als die Gebieter der abendländischen Christenheit. Aus den Liedern Walters von der Vogelweide klingt uns noch heute das Selbstgefühl wieder, von dem die Deutschen damals befeelt waren. In den Kriegszügen hatten sie die Befehlsbefugnisse der fremden Völker kennen gelernt, wurden ihrer eigenen Art immer stärker bewußt. Daß die Wirklichkeit der Theorie des weltherrschenden Kaiserthums nicht immer entsprach, trat im Gedächtnis der Nachwelt zurück, nur die ruhmreichen Tage Karls, Ottos, Friedrichs lebten in der Erinnerung des Volkes weiter. Mit heißem Sehnen wurde ihre Wiederkehr erwartet. Und da der Name Karls des Großen, der dem Mittelalter als der glänzendste Vertreter des Kaiserthums galt, allmählich zu erlöschen begann, leuchtete immer noch das Bild Friedrichs I. Wir wissen, wie uralte Überlieferungen umgedeutet und schließlich auf den alten Barbarossa bezogen wurden und wie die Sage von seinem Erwachen, nach dem er die glorievolle Zeit einer erträumten Vergangenheit wieder bringen werde, bis fast auf unsere Tage gewirkt hat, insbesondere seit sie in dieser Form durch das bekannte Gedicht Rückerts erst recht volkstümlich geworden ist.

Sieg und Ruhm also hat Karl der Große und haben die drei Herrscherfamilien, die nach ihm über unser Volk geboten, den Deutschen ertragen, das Selbstgefühl der Nation gegeben, das Bewußtsein ihrer Eigenart gestärkt, aber sie haben gerade infolge der wiederholten Kämpfe um die Behauptung der Kaiserwürde, um die Aufrechterhaltung ihrer Weltstellung den partikularen Gewalten, die überdies seit dem 11. Jahrhundert an der Kirche eine Stütze fanden, Befugnisse und Rechte in wachsendem Umfang einräumen müssen. Die Großen wurden zu Fürsten. Entsprach doch ihrem Streben nach Selbstständigkeit der dem deutschen Volke innewohnende Absonderungstrieb oder, wie Bismarck einmal sagte, der Mangel an Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zugunsten der Gesamtheit. Die Zersplitterung Deutschlands hatte schon frühe eingeleitet; zu Beginn der Neuzeit war sie soweit fortgeschritten, daß das Reich nur noch ein Schatten ehemaliger Größe war. Doch beweist die ohne das Reich unternommene Befriedung des Ostens, ebenso die Bildung der Hanse und ihre Vorherrschaft im europäischen See- und Handelsverkehr, daß auch in der Zeit der Zerfurchung der Zentralgewalt der Hebenmut und die Latenzkraft des deutschen Volkes nicht gelähmt war. Die Reformen im 15. Jahrhundert blieben in wesentlichen ergebnislos. Später mochten einzelne vaterlandsliebende Männer ihre Hoffnung auf Karl V. setzen, von ihm eine Stärkung des Reiches erwarten. Aber was mußte dieser junge Mann, dem nicht einmal unsere Sprache geläufig war, von Deutschland? Deutsches Wesen blieb ihm immer fremd. Die bestehende Klüftung in der Nation wurde dann durch die konfessionellen Kämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts erweitert. Der dreißigjährige Krieg und der Westfälische Friede vollendeten die zentrifugale Entwicklung. Das Reich blieb dem Namen nach bestehen, aber es war mit seinen Hunderten von Staaten und staatsähnlichen Gebilden weder eine Monarchie, noch eine Republik, sondern ein Monstrum eigener Art. Das politische Leben und Streben zog sich in die Gliedstaaten zurück. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit war erloschen. Wenn der Deutsche fürder vom Vaterland sprach, meinte er Österreich oder Preußen, Bayern oder Sachsen oder sonst eines der zahlreichen fürstlichen, städtischen oder kirchlichen Gemeinwesen.

Einen Besitz hatte man dem deutschen Volke nicht rauben können: die gemeinsame Sprache. In ihr hatte selbst in der Zersplitterung des 17. Jahrhunderts allen verständlich, die lesen wollten, der wachere Logau von deutscher Seite, deutschem Wesen gesprochen. Vereinzelt hört man auch aus der Zeit der Kriege gegen Ludwig XIV. deutsch-patriotische Worte. Stärker war der Eindruck der Siege Friedrichs des Großen. Der deutsche Nationalgeist erwachte. Man ahnte doch auch außerhalb Preußens, was die Kämpfe des Königs gegen die Fremden bedeuteten. Man dachte noch nicht deutsch im politischen Sinne, aber man wurde doch einfach in den nichtpreussischen Ländern „früch“ genannt, wie Goethe sagte. Dann begann, ehe Friedrichs Tage zu Ende gingen, der Aufstieg der deutschen Literatur. Ohne die Gunst der Mächtigen erlangte sie eine Höhe, auf der sie sich mit den Geisteswerken aller Nationen messen konnte. Für die Gebildeten unseres Volkes fiel eine Scheidewand, die Stämme und Staaten bis dahin getrennt hatte. Die Deutschen gewannen eine geistige Einheit, ehe eine politische geschaffen wurde. Ja so sehr wurde man von diesem geistigen Schaffen gefesselt und von dem Genie des Gebotenen eigenommen, daß man völlig darin und in weltbürglichen Ideen aufzugehen schien. Doch unsere westlichen Nachbarn erinnerten die Deutschen, angeblich im Namen der Freiheit, dann mit der Faust des Eroberers, daß kein Volk unge-

straft seine staatsliche Ausgestaltung verdammt. Erst der Druck der Fremdherrschaft bewirkte, daß das künstlerisch-literarische Einheitsgefühl mit dem Staatsbewußtsein zum deutschen Nationalbewußtsein verschmolz. War die deutsche Erhebung gegen Napoleons Weltmacht zunächst nur von Preußen ausgegangen, so hatten doch an den Erdkämpfen, durch die die Fremdherrschaft abgewehrt wurde, alle Deutschen ihren Anteil gehabt.

Fichte hatte noch während der Franzosenherrschaft durch seine Reden an die deutsche Nation einen kleinen Kreis das Verständnis für das hohe Gut der Deutschtum gewekt. Durch die Taten und Siege in den Befreiungskriegen drang das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in die weitesten Schichten unseres Volkes. Das deutsche Nationalgefühl wurde in diesen in einer Weise gestärkt, daß es nie mehr erlöschen konnte. Wie man gemeinsam im Felde gestanden und dem Feinde die Spitze geboten hatte, so dachte man auch für die Zeit des Friedens in politischer Gemeinschaft zu leben. Freilich wie das erstrebte Ziel zu erreichen sei und welche Form man dem künftigen deutschen Staatswesen geben wolle, darüber war man sich nicht klar. Es ist begreiflich, daß man glaubte, an die Überlieferung der Vergangenheit anzuknüpfen zu sollen. Viele dachten an die Wiederbelebung der Kaiserwürde, und zwar in der Person des Kaisers Franz. Die Ansicht, daß nach der Entwicklung der letzten Jahrhunderte und infolge der Entfremdung des habsburgischen Staates mit seiner zu drei Viertel nichtdeutschen Bevölkerung die Gründung eines deutschen Nationalstaates die Trennung von Österreich zur Voraussetzung hatte, war noch nirgends zur vollen Klarheit durchgedrungen. Nur ganz vereinzelt hatten einspruchlose Stimmen von der Notwendigkeit des Ausscheidens Österreichs gesprochen. Selbst ein Mann wie Freiherr von Stein glaubte, daß gerade durch Aufrechterhaltung der Verbindung des Donauraumes mit Deutschland die Wiener Regierung an der Pflege nationaldeutscher Politik festgehalten werde. Darüber herrschte jedoch in den Kreisen vorurteillos und patriotisch denkender Männer keine Meinungsverschiedenheit, daß die Verfassung, mit der der Wiener Kongreß Deutschland beschenkt hatte, weder den Opfern, die das Volk in den Befreiungskriegen gebracht habe, noch den beschwerlichen Erwartungen für die Zukunft entspreche. Enttäuschung und Verbitterung bemächtigte sich der Gemüter, besonders in Kreisen der studierenden Jugend. Die Karlsbader Beschlüsse, das ganze Verhalten des deutschen Bundes in dieser Epoche, griffen wohl gewaltig an das öffentliche Leben ein. Doch harte Maßregeln konnten den nationalen Gedanken höchstens etwas zurückdrängen, aber auf die Dauer nicht unterdrücken. Er drach sich immer wieder Bahn. In reich und zu stark wirkte noch die Erinnerung an die jüngste Zeit bei allen, die die Befreiung miterlebt oder miterleben hatten. Viele vertieften sich auch in das Studium früherer Jahrhunderte. Sie schloßen und vermittelten aus Geschichte, Sage und Dichtung Verständnis für die ruhmvolle Vergangenheit unseres Volkes. So befaßte unsere ganze innere Geschichte von 1815 bis 1866 der Hauptfache nach aus einem Laufen und Suchen nach nationaler Einheit und dem Verlangen nach Anteilnahme des Volkes an der Leitung seiner Geschichte. Es ist eine Zeit der Vorbereitung, und unschuldig für die Zukunft sind diese Jahrzehnte nicht gewesen. Die Verwaltung überwand in stiller, pflichttreuer Arbeit die Nachwirkungen der langen Kriegszeit, fügte in Preußen die neuverordneten Landschaften dem Gefüge des Großstaates ein. Durch die Bildung des Zollvereins wurde wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete für den größten Teil der nichtösterreichischen Bundesstaaten eine Einheit gewonnen, die für das politische Ziel der Nation die Wege wies.

Bei einer Bedrohung Deutschlands durch Frankreich im Jahre 1840 zeigte es sich, daß die nationale Idee in unserem Volke feste Wurzeln geschlagen hatte. Die Stärke, mit der sich allenthalben der Entschluß der Abwehr äußerte, machte es den Franzosen klar und deutlich, daß eine Wiederholung rheinbündischer Politik bei uns aussichtslos sei. Noch weit schärfer sprach einige Jahre später das deutsche Nationalbewußtsein. Ein wahrer Sturm der Entrüstung brauste durch ganz Deutschland, als in Kopenhagen die Versuche auf Einverleibung Schleswigs in den dänischen Staat einsetzten. In wachsender Stärke wurden im öffentlichen Leben in Preußen, in den süddeutschen Landtagen, in gemeinsamen Beratungen von Volksvertretern verschiedener Bundesstaaten und in der Presse Forderungen einer Umgestaltung der Bundesverfassung erhoben. Im Jahre 1847 gründeten führende Männer Süddeutschlands zur Förderung ihrer nationalen Bestrebungen die „Deutsche Zeitung“ in Heidelberg. In demselben Jahre tat König Friedrich Wilhelm IV. durch Berufung des „Vereinigten Landtags“ einen Schritt zum Übergang in die konstitutionelle Regierung und hob dadurch zugleich die Stellung und den Einfluß aller der Männer, die ihre Hoffnung für Deutschland auf Preußen setzten. Süddeutsche Landtagsabgeordnete erdörten am 10. Oktober 1847 in einer Versammlung in Heppenheim die Berufung eines deutschen Parlamentes. Auf Grund der dort gefaßten Beschlüsse begründete am 12. Februar 1848 der Abgeordnete Bassermann in der badischen Kammer einen dahingehenden Antrag. Aber nicht auf dem Wege einer ruhigen Entwicklung und nicht ohne schwere Rückschläge sollte sich die Einigung Deutschlands vollziehen.

Ehe die Bundesversammlung in Frankfurt zu dem badischen Antrag Stellung nehmen konnte, traf die Nachricht von dem Ausbruch der Februarrevolution in Paris und der Verkündigung der französischen Republik ein. Unter dem Eindruck dieser Vorgänge überstürzten sich die Ereignisse in Deutschland während der nächsten Wochen. Maßvolle und weitgehende Forderungen wurden erhoben. Gegenwärtige Anschauungen über die Staats- und Gesellschaftsordnung traten bereits scharf hervor, einzig war man nur

in dem Verlangen nach nationaler Einheit. Aber über die Form dieser Einheit und über die Gestaltung des zu erstrebenden deutschen Staates stritt man. Auf der erwähnten Versammlung in Heppenheim hatte Karl Roth in staatsmännlich gedachter Anknüpfung an das Bestehende die Berufung eines Parlamentes für die Zollvereinsstaaten befohlen. Aus diesem Vorschlag ergab sich mit Notwendigkeit die Forderung der politischen Leitung durch Preußen. Damit war aber die Frage nach dem Verhältnis zu Österreich aufgeworfen, d. h. der Keim zu den beiden Parteibildungen war bereits zu erkennen, die man die Kleindeutsche und die Großdeutsche nannte. Für die einzig mögliche Lösung dieser Frage waren jedoch die Anschauungen noch nicht ausgereift. Man ging in dem Heppenheimer Beschlusse, wie in dem Antrag in der badischen Kammer stillschweigend darüber hinweg und überließ die weitere Entoidung der Zukunft, wenn nur einmal das Parlament durchgesetzt war. Noch hätte die preussische Regierung durch zielbewußtes, kraftvolles Vorgehen das nationale Begehren mit einem Schläge erfüllen können. Aber Friedrich Wilhelm IV. dachte und lebte in romanischer Bewunderung einer erträumten Welt. Bismarck sagte in den „Gedanken und Erinnerungen“ von ihm: „Sein deutsches Nationalgefühl war gemächlich, lebhafter wie das seines Vaters, aber durch mittelalterliche Verbrämung und durch Abneigung gegen klare und feste Entschlüsse in der praktischen Betätigung gehemmt.“ Ein klug zugreifender Staatsmann von überragendem Geiste, der den König mit fortgerissen hätte, fand ihm nicht zur Seite. Dann kamen die ungeliebten Ereignisse der letzten Märzwochen, die das Vertrauen in die preussische Staatsleitung erschütterten. Aus dieser Lage und aus der Stimmung der Zeit ist zu erklären, daß das Vorparlament die Frage einer Vereinbarung der deutschen Verfassung mit den bestehenden Gewalten gar nicht in den Kreis seiner Beratungen zog, sondern nach der Theorie der Volkssouveränität die Berufung einer verfassgebenden Versammlung beschloß. Die Bundesversammlung fügte sich, die Einzelregierungen ließen die Wahlen vornehmen. Das Parlament begann seine Tagung ohne die Vorlage eines Verfassungsentwurfs seitens des Bundesrates. In dem Verfassungsausschuß der sechzehn Vertrauensmänner, die der Bundesversammlung beigegeben waren, hatte zwar Dahlmann einen Entwurf geschaffen, der die Grundzüge eines lebensfähigen Bundesstaates enthielt. Es blieb aber eine Privatarbeit.

So sah sich das Parlament, eine Versammlung von nahezu 800 Mitgliedern, vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus, ohne die Leitung einer Regierung, die in der Nation wohnenden Gegenstände auszugleichen, die augenblicklich schlummernden, aber nicht geschwundenen partikularistischen Kräfte zu überwinden, den widerswilligen Einzelstaaten eine Beschränkung ihrer Selbstständigkeit abzurufen und endlich das Verhältnis zu Österreich zu regeln. Gelehrtes Wissen und hohe Bildung waren in der Nationalversammlung in reichem Maße vorhanden, als politische Schulung und staatsmännische Regelung. Auch gab es im Parlamente keine geschlossene Mehrheit. Sicher war jedoch, daß die große Mehrzahl der Mitglieder auf monarchischem Boden stand und von einer Republik nichts wissen wollte. Aber im einzelnen gingen fast bei jeder wichtigeren Verfassungsfrage die Meinungen auseinander. Ganz allmählich und bei vielen wohl mit einer gewissen Selbstüberwindung rang sich die Erkenntnis durch, daß man einen deutschen Bundesstaat mit starker Zentralgewalt nur schaffen könnte, wenn Österreich auswich. Dann kamen aber neue Bedenken. Mühten die Mittel- und Kleinstaaten, wenn sie Preußen allein gegenüberstanden, nicht fürchten, unter der Leitung des Großstaates in absehbarer Zeit ihre Selbstständigkeit völlig zu verlieren? Man hielt es auch auf die Dauer für unhalbar, daß eine deutsche und preussische Volksvertretung nebeneinander beständen. Die Auffassung der Kleindeutschen ging dahin, daß Preußen auf einen eigenen Landtag verzichte und sich mit Provinzialständen begnüge, d. h. der preussische Staat sollte unmittelbar unter Kaiser und Reich stehen. Da unterschätzten sie aber durchaus die Stärke des preussischen Staatsbewußtseins. Mit berechtigtem Stolz durfte das preussische Volk sich der Erhaltung seiner Eigenart wehren, auf seine ruhmreiche Geschichte zurückblicken, die aus der Zeit des Großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen und der Befreiungskriege erwachsen war. Man weiß, mit welcher Wucht Bismarck noch im Parlament in Frankfurt gegen eine solche Verkennung des preussischen Staatsgefühls auftrat. Der Prinz von Preußen, der spätere Kaiser, schrieb Ende 1850 in Erinnerung an eine Unterhaltung, die er im Sommer 1848 mit einem Freunde gehabt hatte, an diesen: „Preußen muß als Preußen an die Spitze Deutschlands kommen, nicht aber als Provinz in dasselbe aufgenommen werden, d. h. nicht in dasselbe aufgehen. Und so wird es auch kommen. Wann? Das ist eine ganz andere Frage.“ Es wäre aber ein Irrtum anzunehmen, daß bloß in fürstlichen Kreisen oder nur von Bismarck und seinen damaligen Parteifreunden der Widerspruch gegen das Aufgehen Preußens erhoben worden wäre, er wurde so vielfach und so stark, daß die Kleindeutsche Partei vorichtig sein mußte. Doch sagte Gagern in einer großen Rede in der Nationalversammlung noch am 20. März 1849: daß ein Aufgehen Preußens in Deutschland „die notwendige, allmähliche Folge sein würde, das kann niemand bezweifeln, der den Analogien der Geschichte Beachtung zollt.“ Ähnliche Anschauungen wurden auch später wieder geäußert. So sprach sich Großherzog Friedrich während des Krieges 1870 einmal dahin aus, das Ergebnis einer künftigen Entwicklung werde wohl sein, daß die preussische Volksvertretung neben dem Reichstage verschwinden werde.

In der Hauptsache drangen schließlich die Kleindeutschen, allerdings nicht ohne Zugeständnisse in

einzelnen Verfassungsfragen an die Linke, mit ihrem Anschauungen durch. Die Nationalversammlung beschloß die Bildung des engeren Bundes aller reindeutschen Staaten mit dem König von Preußen als Kaiser an der Spitze. Die Absicht ging ferner dahin, daß das so geeinte, verfassungsmäßig regierte Deutschland in einen weiteren Bund mit Österreich treten solle, also in ein Verhältnis ähnlich dem, wie es später durch Bismarck zustande kam. Doch alle Bemühungen waren vergeblich. Das ganze, unter großen Hoffnungen begonnene Werk mißlang. Es scheiterte an der schwankenden Haltung und Unentschlossenheit Friedrich Wilhelms IV., an der Gegerlichkeit Österreichs, an dem Widerwillen der Mittelstaaten, an der unglücklichen Weltlage und an der mangelhaften politischen Bildung des deutschen Volkes. Aus denselben Gründen scheiterte auch die Unionpolitik, die Versuche, die Preußen nach Auflösung des Frankfurter Parlamentes unternahm, um unter anderen Formen den engeren Bund zustande zu bringen. Die österreichische Regierung hatte für alle dahingehenden Anträge Preußens nur ein Nein. Friedrich Wilhelm unterwarf sich den Forderungen Wiens, der Bundestag lernte wieder, äußerlich war alles beim alten geblieben. Aber das war nur Schein. Das Parlament hatte nicht vergeblich getagt. Die Tatsache, daß es einmal eine Volksvertretung von ganz Deutschland gegeben, daß diese eine Verfassung für ein deutsches Reich durchberaten und beschlossen hatte, ließ sich nicht vergessen. Die müde Enttäuschung, die nach der bitteren Enttäuschung die Gemüter beherrschte, konnte nicht von Dauer sein. Der deutsche Gedanke war nicht tot. Daß er aus dem Schlummer wieder erwacht sei, zeigten zunächst die vielseitigen vaterländischen Kundgebungen während des österreichisch-französischen Krieges, mochte sich auch die öffentliche Meinung, vornehmlich in Süddeutschland, mit der Annahme, der Rhein werde am 10. November vergießen haben. Dann legte die Gründung des Nationalvereins, die Schillerfeier und vier Jahre später der Gedenktag der Leipziger Schlacht bereitetes Zeugnis eines gesteigerten Nationalbewußtseins ab. Selbst die den deutschen Einigungsbestrebungen abholden mittelfränkischen Regierungen, die sächsischen und die bayerische, glaubten dem Begehren der Nation einige Zugeständnisse machen zu müssen. Doch alle Vorschläge für eine Reform der Bundesverfassung in dieser Zeit blieben erfolglos, da jene Regierungen und die ihnen gleichgesinnten nicht fern entfernten an eine Beschränkung ihrer Selbstständigkeit dachten und die Frage nach dem Verhältnis Deutschlands zu Österreich, worauf alles ankam, gar nicht aufgeworfen wurde. Von Bedeutung für Deutschland war, daß trotz der Gegenwirkung der Wiener Regierung der Zollverein nicht nur erhalten, sondern weiter ausgedehnt wurde. Ein kleiner Fortschritt lag auch in dem Abschluß der Militärkonventionen zwischen Preußen einerseits und Sachsen, Koburg, Lippe-Deimold und Waldeck andererseits.

Ein völliger Umschwung der Verhältnisse trat mit dem Regierungsantritt Wilhelms I. ein. An dem Verufe Preußens für die Lösung der deutschen Frage hielt er als König fest, so wie er sich als Prinz äußert hatte. Doch in seiner vorrätigen Beurteilung der Schwierigkeiten zweifelte er, ob ihm bei seinem hohen Alter beschieden sei, die Einigung zu erleben. Vielleicht werde diese erst seinem Sohne oder seinem Enkel gelingen. Mit der Ernennung Bismarcks zum Minister kam der große Zug in die Leitung der preussischen Politik. Der preussische Parteimitglied war zum deutschen Staatsmann geworden. Der Ablauf eines Jahres nach Übernahme der Geschäfte errang Bismarck den ersten Erfolg in der deutschen Frage. Bekannt ist, welche Anstrengungen es kostete, König Wilhelm von dem Frankfurter Fürstentag fernzuhalten. Denn die Reformen, die Österreich der Nation bot, bedrohten nicht nur die Stellung Preußens, sie waren unzulänglich und verurteilten die Zukunft Deutschlands. Die mit dem üblichen Pomp, aber ohne lange Berechnung und Schicksal eingeleitete Versammlung scheiterte. Die Wiener Regierung hatte eine schwere diplomatische Niederlage erlitten. Keiner der fürstlichen Herrscher hatte übrigens so klar und so unerschrocken in Preußen die Unmöglichkeit dargelegt, ohne oder gegen Preußen eine lebensfähige und befriedigende Bundesreform durchzuführen, als Großherzog Friedrich. Er scheute sich nicht, wie der Verfasser der Geschichte der Reichsgründung schreibt, „die in dieser Kreise verhängte Kezerei anzusprechen, daß je fruchtbarere Bundesstätigkeit umöglich sei, solange zwei Großmächte dem Bunde angehörten.“

Wenige Monate nach dem Fürstentage gelang Bismarck die Vermittlung Österreichs gegen Preußen wegen des Mißerfolges in Frankfurt zu gestehen und sogar den Kaiserthum zum Bündnis gegen Preußen zu gewinnen, um Schleswig-Holstein vor Vergeßlichkeit zu schützen. Die Herzogtümer wurden bereit, aber an der endgültigen Regelung ihres Geschicks entzündete sich der Kampf um die Führung Deutschlands. Durch den überatmosphärischen Sieg Preußens im Feldzuge 1866 wurde der Weg zur Einigung des Vaterlands frei. Österreich trat aus Deutschland aus. Aber vorerst mußte man sich auf die Bildung des Norddeutschen Bundes beschränken. Seine Verfassung ist dann 1871 mit wenigen Veränderungen die des Reiches geworden. Die Weltlage, insbesondere die Rücksicht auf die lauernde Politik Frankreichs und auf die in Bayern und Württemberg noch weit verbreitete Abneigung gegen die preussische Führung verboten 1866 die Einbeziehung Süddeutschlands in ein nationales Gemeinwesen. Baden aber, dessen Regierung die Volksvertretung jederzeit zum Eintritt in den Bund bereit waren, allein anzunehmen, wies Bismarck ab, um nicht durch verfrühte Überschreitung der Mainlinie einen Krieg mit Frankreich herbeizurufen. Er hielt ja die Einigung ganz Deutschlands auf friedlichem Wege ohne einen Waffeneinsatz dem westlichen Nachbar zwar nicht für wahrscheinlich, aber nicht für unmöglich. Gewiß war das

unvollkommen, aber mehr war unter den damaligen Verhältnissen nicht zu erreichen, ohne die ganze Zukunft Deutschlands zu gefährden. Abgesehen von zwei Lebensfragen der Nation, für Regelung der wirtschaftlichen Angelegenheiten und für den Schutz des Vaterlandes, eine festere Einheit gewonnen, als seit Jahrhunderten. Der Zollverein war durch die Schöpfung des Reichsparlaments auf eine neue Grundlage gestellt und nach den Militärverträgen standen die Truppen der süddeutschen Staaten im Falle eines Krieges unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen. Ein ganz phantastisches Unternehmen vollends wäre es gewesen, großdeutschen Zielen nachzugehen. Der Ausschluß der reindeutschen Teile Österreichs aus der nationalen Gemeinschaft mochte bitter schmerzen. Aber hatte Preußen trotz Königtrug die Macht, Österreich zu zerschlagen und aufzuteilen? Und wenn es vielleicht diese Macht besaß, was hätte, was dieses Ziel der Aufteilung des Donauraumes ohne einen Weltkrieg erreichbar? Bei dem leichten Verstand dieser Art waren Verwicklungen von unabsehbarer Tragweite zu befürchten, die alle Erregenschaften wieder in Frage

stellten. Mit Österreich war nur ein ganz loses Bundesverhältnis möglich. Daß aber Österreich seine deutschen Provinzen jenseits einer starken Zentralgewalt unterordnen und damit selbst dazu beitragen werde, seine Stellung als Großmacht zu untergraben, war undenkbar. Schneller als man vermuten konnte, kam der Entscheidungsschritt mit Frankreich. Der siegreich durchgeführte Krieg ermöglichte die Vollendung der deutschen Einigung. Glänzend hatte sich der deutsche Gedanke bewährt, auch die Spröbheiten mit forgerissen und in der einmütigen Abwehr der Feinde den schönsten Triumph gefeiert. Aber trotz des hochgepannten Nationalgefühls in der Stunde der Gefahr gingen die Verhandlungen mit den beiden süddeutschen Königreichen nur langsam voran. Schwierigkeiten verschiedener Art waren zu überwinden. Die Eigenart beider Staaten mußte berücksichtigt und insbesondere dem scharf ausgeprägten Stammes- und Staatsbewußtsein des bayerischen Volkes Zugeständnisse einer weitgehenden Sonderstellung gemacht werden. Anders in Baden. Hier wirkten Fürst und Volk in Einigkeit, ohne

Sonderrechte zu beanspruchen, für Errichtung des deutschen Nationalstaates. Für diesen ist in der Tat kein Herrscher eines Mittel- und Kleinstaates eifriger und selbstloser tätig gewesen als Großherzog Friedrich. Das große Ziel war erreicht, ein einheitliches deutsches Reich war entstanden. Die Feier des 18. Januar bildete den Schlußakt einer jahrhundertlangen Arbeit. Eine große Erregung wurde nachträglich dem vaterländischen Wirken der Kleindeutschen von 1848/49 zuteil. Bismarck, ihr ehemaliger Gegner, führte ihre Politik zum Siege, allerdings auf anderen Wegen, als jene Männer einst gehen wollten, mit anderen Mitteln, als sie anwenden konnten. Der König von Preußen stand, wie das Parlament in Frankfurt beschloffen hatte, als Kaiser an der Spitze der im Bundesstaat geeinten Nation. Wesentliche Bestimmungen der Reichsverfassung, in erster Linie das allgemeine und gleiche Stimmrecht, sind der Verfassung von 1849 entlehnt. Eine eigenartige Schöpfung dagegen war der Bundesrat, in gewissem Sinne eine Erste Kammer und eine Regierungsbehörde zugleich. Aber gerade durch die Verlegung der Regierungsgewalt in den Bundesrat wurde die

Machtstellung des führenden Staates gesichert, ohne den berechtigten Einfluß der übrigen Einzelstaaten zu schmälern. Nach Maßgabe ihrer Bedeutung wirkten sie an der Regierung des Reiches mit, ohne für ihr Dasein fürchten zu müssen. Auch in der Folgezeit hat Bismarck alles getan, daß die Stellung, die die Reichsverfassung den Einzelstaaten eingeräumt hatte, unangefastet blieb. Die Formen des Reiches, die 1871 geschaffen wurden, sind zerbrochen. Doch der Reichsgedanke ist nicht untergegangen. Aber wir sind von dem schweren Uebel der Parteistreitigkeiten befallen. Diese Krankheit ist keine neue Erscheinung in der deutschen Geschichte. Vor mehr als 1800 Jahren sagte der römische Kaiser Tiberius, Rom brauche sich gegen die Germanen nicht weiter anzustrengen, man solle sie ihren inneren Zwistigkeiten überlassen. Seitdem hat diese Uneinigkeit, diese Streitigkeit so viel und so oft Unheil über unser Volk gebracht. Heute aber wirken die Parteistreitigkeiten schlimmer als jemals, sie drohen die Einheit zu zerschellen. Nur wenn wir uns dieser Krankheit erwehren, wird der nationale Gedanke zu neuer Kraft erstehen.

Geh. Hofrat Eberhard Gothein M. d. L. / Volkswirtschaft und Reichseinheit

Wir hatten wohl früher geglaubt, daß die fünfzigjährige Wiederkehr der Reichsgründung ein Tag des Jubels und des Stolzes auf eine hohe, durch eigene erfolgreiche Arbeit erworbene Blüte der Volkswirtschaft sein werde. Statt dessen ist sie ein Tag der Enttäuschung und der geistigen Sammlung geworden. Vielleicht ist das die würdigere, jedenfalls ist es die fruchtbarere Art des Feierns. Ein dankbares Gedächtnis aber bleibt das gleiche. Wir wissen, daß jene Blüte nur durch das Bestehen des Reiches möglich wurde, und daß die Maßregeln der Reichsregierung und Verwaltung ein Hauptverdienst an ihr tragen, und indem wir jetzt von den Reizen jenes Wohlstandes gehen, sind wir doch entschlossen, um ihn dereinst wiederherzustellen, die gleiche Grundlage festzuhalten, die gleichen Mittel zu verwenden. Wir müssen es um so mehr sein, als wir von allen Seiten diese Reichseinheit bedroht sehen, mehr noch im Geheimen als daß sich ihre Gegner offen zu der Absicht ihrer Zerstörung bekennen dürfen. An der Wirtschaftseinheit scheitern sogar alle Festhalten zu wollen, ja die Vernehmung der Reichsbefugnisse scheint sich auf diesem Gebiet mit allgemeiner Zustimmung zu vollziehen. Aber es scheint doch nur so! Bei genauerem Zusehen bemerkt man wohl, daß nur ein alles, was nicht mehr rentabel ist, aber immer notwendiger wird, gegen Aufsicht abgetrieben wird; und mandamental möchte es scheinen, als ob der leidige Zwang, ungeheurer gemeinsamer Schulden und Verpflichtungen, die man gar nicht verteilen kann, noch das stärkste Band des Zusammenhalts sei. Es ist nötiger als je, Reichsverdrossenheit und kurzfristige Eigenbrödelerei zu bekämpfen, aber ebenso auch die richtigen Grenzen zu ziehen, wo Tätigkeit der Einzelstaaten, namentlich aber der Selbstverwaltung fruchtbar einzusetzen hat. Die fünfzigjährige Geschichte des Reichs in seinem Zentrum ist nichts anderes als eine fortwährende Auseinandersetzung zwischen diesen Mächten, aber sie war fast durchweg eine friedliche, bestimmt durch wirtschaftliche Notwendigkeiten und einleuchtende Vorteile. Sie hat

dazu geführt, daß Befugnisse und Tätigkeit des Reichs auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, und nicht nur auf diesem sich beständig vermehrt haben; denn die Reichsverfassung von 1871, das politische Meisterwerk Bismarcks, selber gewährte wohl Möglichkeiten der Entwicklung, beschränkte aber die Tätigkeit des Reiches selber auf das unbedingt Notwendige. Eine unparteiische Geschichtsschreibung wird, so hart sie über unsere auswärtige Politik seit Bismarcks Ausscheiden urteilen mag, die Art, wie sich diese Stärkung der Reichsgewalt vollzog, nur billigen können. All das törichte Gerede über „Verpreußung“, womit man doch auf das Reich und die Vernehmung seines Anflusses zielte, fällt in sich zusammen, sobald es sich auf das wirtschaftliche Gebiet wagt, und auf das der kulturellen Interessen kann es sich erst gar nicht wagen, weil das alte Reich hier so gut wie keine Tätigkeit für sich beansprucht. Erst in der jetzigen Notlage ruft man auch hier nach Hilfe des Reichs; und nirgendwo geschieht das aus guten Gründen eifriger als bei uns in den kleineren Staaten. Denn wir bedürfen, um unsere Wissenschaft und Kunst aufrecht zu erhalten, einer „Vorgemeinschaft“, die wenigstens die dringendsten Bedürfnisse decken soll; wir wünschen jetzt auch eine Gleichheit in Schul- und Kirchengesetzgebung und wissen, daß solche Rahmengesetze die fruchtbarste Tätigkeit der Einzelstaaten statt sie zu beeinträchtigen vielmehr mit einer sicheren Grundlage verleiht. Eine politische Vormacht im Reich, die nur Preußen sein kann, wird auch weiterhin nötig sein; aber auch als wirtschaftliche wird ein vereinzelter Staat immer wünschenswert bleiben. Es unjähre bisher die reichsten und die ärmsten Teile Deutschlands als seine Provinzen und sorgte für einen Ausgleich ihrer Kräfte und Bedürfnisse. Eine Zerlegung in selbständige, für sich allein aufstehende Einzelstaaten würde, auch wenn der Verband des Reiches dabei erhalten bleibt, nur vom Ubel sein. Ein Ausgleich der Kräfte und Bedürfnisse ist aber nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reich nötig, und so war denn die wirtschaftliche Einheit das eine,

was sich von jeher als unbedingt nötig erwies. Deshalb ist der Zollverein die erste Staffel zur deutschen Einheit gewesen, darum zeigte es sich im Reiche selber als eine Notwendigkeit, die Hanselstädte zu ihrem eigenen Segen trotz ihres Widerstrebens in diese Wirtschaftseinheit hineinzuziehen; darum war die gleichmäßige Gewerbebefreiung eine notwendige Folge der Freizügigkeit der gewerblichen Waren im ganzen Umfang des Reiches, darum war jede engere Verflechtung der Interessen durch Fortschritte in der Gemeinamkeit der Verkehrsmittel ein Vorteil für die Gesamtheit und jedes Zurückbleiben auf diesem Gebiet rächte sich binnen Kurzem. Gerade an den Mängeln früherer Verkehrspolitik kann man zeigen, wie notwendig eine einheitliche Zusammenfassung aus volkswirtschaftlichen Rücksichten ist. Es war eine Erkenntnis, die zu spät kam, daß die Bekämpfung des Reichsfeindens Bismarcks, die diesen zu Fall brachte, vom Ubel war und gerade die schädigte, die sich fälschlich bedroht glaubten. Es war ebenso ein Mißgriff, daß man sich in Süddeutschland dem Ausbau der Stasfettarife entgegenstemmte und die schon bestehenden preussischen für Getreide und Mühlenfabrikate zu Falle brachte. Die süddeutsche Landwirtschaft glaubte sich bedroht durch die des Ostens, während man doch zu gleicher Zeit ganz anders bedeutende Mengen überseeischen Getreides auf dem freien Rhein hereinlassen mußte. Erst im Kriege hat man erkannt, wie nötig wir hier die agrarischen Überschussgebiete des Nordens und Ostens haben, und wie es eine wichtige Aufgabe der Bahnen ist, durch geeignete Frachttarife diesen Ausgleich zu fördern. Jetzt ist nun die Einheit der Bahnen als die bedeutende Erregenschaft der Revolution hergestellt. Der Entschluß wurde leicht, nachdem sie insgesamt unrentabel geworden sind; die Hoffnungen aber, die wir für eine einheitliche Ausgestaltung unserer Wirtschaft daran knüpfen, sind nicht geringer geworden. Nicht minder hat der Krieg uns gelehrt, daß es ein Fehler war, die Ausgestaltung unserer Wasserstraßen den Einzelstaaten zu überlassen; wir

haben schmerzlich den Mangel eines einheitlichen Reiches empfunden. Auch hier ist Wandel geschaffen worden. Also nicht zu viel, sondern immer noch zu wenig hatte das Reich an sich gezogen. Was es aber übernahm, entzog es deshalb nicht dem Einfluß und der Mitwirkung der Einzelstaaten. Dem Einfluß nicht, denn das Reich blieb und bleibt ein Bundesstaat, in dem der Gesamtwill durch das Zusammenwirken der einzelnen Glieder entsteht; der Mitwirkung nicht, denn die Ausführung liegt zum großen Teil nach wie vor in ihren Händen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Wie segensreich hat sich nicht die gemeinsame gesetzliche Regelung und oberste Kontrolle auf dem Gebiete des Viehwesen und der Fleischbeschau erwiesen! Den Einzelstaaten und Kommunen aber hat es einen neuen dankbaren Aufgabenkreis zugefügt. In der Erhaltung einer solchen Verbindung liegt die Aufgabe auch der Zukunft. Einheitlichkeit der Volkswirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Zentralisierung. In der Ausbildung der Selbstverwaltung, die Aufgaben von allgemeiner Bedeutung, die ihr übertragen werden, durchführt, liegt die besondere Eigenart germanischen Volks- und Staatswesens. Wie weit die bisherigen Einzelstaaten, die doch gutenteils recht zufällige Gebilde sind, diesen Aufgaben genügen können, wie weit andere Gebilde an ihre Stelle zu treten oder sie zu ergänzen berufen sind, das wird demnächst die wichtigste der politischen Fragen werden. Schon ist die Einleitung hierzu durch die in Aussicht genommene Bildung von Wirtschaftsbezirken getroffen. Wie nun auch die Lösung ausfallen mag, es bleibt das Ganze eine innere Frage oder, wenn man so will, ein häuslicher Streit. Das Haus selber, das alle umfaßt, an dessen sicherem Bau und wohlhabender Einrichtung allen gleichmäßig gelegen sein muß, wird davon nicht berührt. Denn über allem steht uns fest, daß die Volkswirtschaft nur eine einheitlich-deutsche sein kann, und daß nur ein starkes Reich sie zu festigen und zu leiten vermag.

Dr. jur. Alfred Hartwig in Chile. / Auslandsdeutschtum und 50 Jahre deutschen Ringens.

Den 50. Jahrestag der Reichsgründung deutsch zu begehen, heißt das Gelübnis ablegen, Wiederaufbau im Geiste Bismarcks leisten zu wollen. Der machtvollste Bau Bismarcks und Wilhelms I. strebte nach Entfaltung zur Höhe. Noch dachte man nicht an den Ausbruch in die Breite, an die Möglichkeit eines starken Auslandsdeutschtums. Zwar hatte der uralte deutsche Wandertrieb schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts Siedler ins Ausland gelockt und die Bewegung der 40iger Jahre, das unerfüllte Schicksal nach einem einzigen deutschen Kaiserreiche hatte manchen deutschen Mann der Kleinstaatheimat den Rücken kehren lassen. Aber eine planvolle Entwicklung nach Übersee hatte das Deutschtum noch nicht gewonnen. Diese war erst möglich, als die Wirkungen der Reichsgründung den Übergang zur Weltwirtschaft, zur Weltpolitik zeitigten und die Entwicklung der Dinge es verlangte — wie Fürst Bülow in der Reichstagsrede vom 14. November 1900 ausführte — „über die Bismarckschen Ziele hinauszuweisen“. Bismarck hatte noch Kontinentalpolitik getrieben und treiben müssen, weil er Deutschland einer logischen stetigen und keiner sprunghaften Zukunft entgegenzuführen wollte. Den Forderungen der Zeit hat sich Bismarck nie entzogen. Als er wenige Jahre nach seinem Rücktritt einen der großen transatlantischen Dampfer im Hamburger Hafen besichtigte, blieb er beim Betreten des Riesendampfers stehen, sah — wie uns Fürst Bülow berichtet — (Deutsche Politik S. 134) lange auf das Schiff, die vielen umherliegenden Dampfer, die Docks und Kienkanalen, das mächtige Hafenbild und sagte endlich: „Sie sehen mich ergriffen und bewegt. Ja, das ist eine neue Zeit, — eine ganz neue Welt.“ Der gewaltige Reichsgründer, der unsere nationale Schicksal, der Deutschlands kontinentalpolitische Aufgabe erfüllt sah, erkannte an seinem Lebensabend mit dem nie beangenehten Bild des Genies die Zukunft, die neuen weltpolitischen Aufgaben des Deutschen Reichs.

Technikern im In- und Auslande. Der Geist der alten Hanja war wieder lebendig geworden und trug die sieggewohnten Farben des neuen Reiches „schwarz-weiß-rot“ über alle Meere in die fernsten Gegenden der Welt. Neben dem mitteleuropäischen Deutschland war ein europäisches, ein überseeisches Deutschland entstanden; ein Auslandsdeutschtum, das seinerseits wieder Rückhalt und Schutz bei der alten Heimat suchen mußte. So erfolgte die weitere militärische Stützung Deutschlands durch Bachtung von Klaustrich und Ausbau der Kriegsmarine, die zur Zeit der Reichsgründung erst in den allerbestehenden Anlagen sich befanden hatte. Mit diesen Maßnahmen erschöpfte sich aber das Interesse der deutschen Regierung am Deutschtum draußen. Auswärtiges Amt und Finanzbehörden betrachteten die Pioniere des Deutschtums und des deutschen Gedankens in der Hauptache als überflüssige und nicht einmal bequeme Verwaltungsobjekte, deren Fortkommen und Schicksale man nur mit fernestem Interesse verfolgte. Mit der Jagd einer fast automatisch erfolgenden sechsstelligen Weite für Schul- und Kirchenzwecke hatte man staatsrechtlich genügende Teilnahme an den ausgewanderten Personen bekundet. Von der volkswirtschaftlichen Bedeutung, der grundlegenden Notwendigkeit des Auslandsdeutschtums für die deutsche Industrie, den deutschen Wohlstand, dämmerte kein Lichtstrahl in die amtlichen Büros hinein. Unser Auslandsdeutschtum als kultureller Faktor, als Träger des deutschen Gedankens in der Welt, als Bindeglied zwischen dem Oststaate und Deutschland wurde völlig verkannt. England und Nordamerika in ihrer alle ihre Volksgenossen mit gleicher Liebe umfassenden nationalen Einheit und Fürsorge waren uns keine Lehrmeister geworden. Wie hätten auch Kräftestaaten einem Verwaltungsstaate, nach dieser Richtung hin Vorbilder sein können!

So stand das Auslandsdeutschtum auf sich allein angewiesen auf einsamen Vorposten in der Welt und fand im allgemeinen nur in der Flotte und Großflaunungsstreifen der Heimat Verständnis. In dieser isolierten Stellung des Auslandsdeutschtums liegt auch die Erklärung für die selbständige Entwicklung, die dem langsamen Tempo in der bürokratischen Heimat weit voraussetzte. Unbekümmert um alle Parteilämpfe in der Heimat hatte es nur das große Ziel der Fortentwicklung Deutschlands im Auge und konnte es nie verlieren,

wie man die Partei über das Vaterland stellen, wie man Lebensinteressen des Reiches den Rücksichten auf Parteiwahl oder Parteidogmen opfern konnte. Für den elenden Kuhhandel der Parteien, wenn es um das Höchste, Deutschlands Zukunft und militärische Sicherung ging, fehlte jedes Verständnis. An den alten Farben hing man mit schwärmerischer eht deutscher Liebe; unter ihnen hatte man Deutschland entstehen und mächtig werden sehen; in ihnen verberperte sich das Bild der fernsten Heimat auch dann, wenn aus wirtschaftlichen Rücksichten ein Wechsel der Staatsangehörigkeit vorgenommen war. Der Ausländer aber, der Deutschland nicht kannte, gewann durch den Auslandsdeutschen ein vorteilhaftes Bild Deutschlands, das nur mühsam zunächst durch die zähe zielbewusste Arbeit der englischen Presse im Weltkriege erschüttert werden konnte. Gewiß, manche Schattenseiten des innerpolitischen Lebens in Deutschland gingen an dem Auslandsdeutschen vorbei; manche heraufziehende Gefahr in sozialer und innerwirtschaftlicher Hinsicht wurde übersehen oder unterschätzt, weil eben mit der geographischen Entfernung von der Heimat beim Deutschen auch der politische Horizont sich weitete und das „minima non curat praetor“ auch gilt, wenn es sich um das Ganze handelt. Nicht Kurzsichtigkeit, nicht politischer Leichtsinn waren es also, die den Ausbruch der Revolution in der Heimat manchem Auslandsdeutschen so lange unwahrheitsgemäß erscheinen ließen, sondern der feste Glaube an ein gleichwertiges Deutschtum in der Heimat, wie es im Auslande in den dort wohnenden Deutschen lebendig war. Das Deutschtum draußen ließ internationalisierende politische Strömungen und Regungen in größerem Umfang nicht aufkommen und stellte diesen Faktor daher auch zu niedrig in die politische Berechnung der Ansichten des Weltkrieges ein. Da regen hatten die Auslandsdeutschen mit ernster Sorge die heraufziehenden Sturmwolken am außereuropäischen Himmel beobachtet. Englands Handelskrieg und Amerikas stilles Einverständnis zum Bündnis gegen den gemeinamen Weltbewerber lagen so offen zu Tage, als daß sie vom Auslandsdeutschen, der mitten im Gebirge der Weltwirtschaft stand, nicht hätten bemerkt werden sollen. Wilsons salbender Rede konnten wohl deutsche Diplomaten, nicht aber die Auslandsdeutschen blühen, denen derartige Tricks aus dem angelegentlichsten Gesichtsbildern allzu geläufig waren. So glaubte man

draußen ebenso fest an die Entladung dieses Bündnisses auf dem militärischen Gebiete wie an die innere Geschlossenheit und somit Unbesiegbarkeit des deutschen Volkes. Dieser feste Glaube wurde aber bald erschüttert, als die Behauptungen Neben über Belgien triumphiert von der feindlichen Presse gemeldet und somit auch den deutschfreundlichen Neutralen der Boden unter den Füßen fortgezogen wurde. Deutschlands führende Stellen gestanden die Schuld ein, die England anscheinend mit Unrecht Deutschland bisher vorgeworfen hatte. Mit großer Genauigkeit verzeichnete die feindliche Auslandspresse jede Etappe auf dem Wege der inneren Zersetzung Deutschlands und machte aus ihrer Freude über die verfehlte Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches kein Hehl, die sie offen als ihren Bundesgenossen bezeichnete. Hand in Hand mit dieser steigenden Siegeszuversicht unserer Feinde wuchs der wirtschaftliche und persönliche Druck auf die Auslandsdeutschen, die Drangsalierungen unterworfen wurden, die die Heimat nie kennen gelernt hat. Und während gemeinsame schwere Prüfungen die Auslandsdeutschen zusammenschloß, trieben Wucher und Luzus, heimliches Parteigezänk und nationale Würdelosigkeit einen Keil nach dem andern in den Volkstörper der Heimat. Mit dem Siege der Revolution und ihren Folgeerscheinungen verloren die Auslandsdeutschen ihr Vaterland, wie sie es geliebt hatten! Und zwischen der offiziell „schwarz-rot-gelb“ bewimpelten Heimat und dem schwarz-weiß-roten Auslandsdeutschtum, das seine Flagge für einige Zeit halblaut gesetzt hatte, klast ein Riß, den wir bedauernd erkennen müssen. Der stolze Bar Bismarcks ist in seinem Zentrum zusammengebrochen. Fest und unerwährtlich aber stehen die Kapelle, die Auslandsdeutschen. Wie diese, im Frieden der Heimat weit voraus, der stärkste Träger des deutschen Gedankens in der Welt waren, so sind sie jetzt nach dem Schmachfrieden von Versailles die ersten, die in praktischer Arbeit, nicht mit Phrasen und Ideologien, den Aufbau eines neuen Deutschland in die Wege leiten. Das Deutschtum im Auslande ist national stärker wie die Heimat, mit der es aber nur dann in Zukunft in vollen Einverständnis zusammengehen wird, wenn in der Heimat die Stimmen zum Schweigen kommen, die nicht laut genug zum einem „Alles, alles über Deutschland“ sich bekennen können. Denn nach wie vor laute der alte, freudige Klampfenruf der Auslandsdeutschen: „Deutschland, Deutschland über Alles.“

Der Eintritt Deutschlands in die Reihe der weltwirtschaftlichen Staaten und der Übergang zur Weltwirtschaft brachten den Ausbau des Reiches in die Reichsgedäude größere Festigkeit verleihen mußte. Die Verankerung der deutschen Wirtschaft in den verschiedensten Teilen der Welt, die Gründung von Kolonien in Afrika und der Südsee, die riesenhafte Entfaltung der Exportindustrie sind das Werk des deutschen Kaufmanns, des deutschen Gelehrten und

denen derartige Tricks aus dem angelegentlichsten Gesichtsbildern allzu geläufig waren. So glaubte man

denen derartige Tricks aus dem angelegentlichsten Gesichtsbildern allzu geläufig waren. So glaubte man

Dr. J. Häußner in Karlsruhe. / Der deutschen Jugend.

Als heute vor 50 Jahren im Schlosse zu Versailles der weltgeschichtliche Akt der Errichtung des Deutschen Reiches sich vollzog, erfüllte die Gemüter der begeisterten Jubelstimmung des Dichters:

Rum laßt die Glocken von Turm zu Turm Durchs Land frohlocken im Jubelsturm!

Denn mit diesem Ereignis war ein Gedanke zur Tat geworden und eine Hoffnung erfüllt, von der Jahrhunderte geträumt und für welche die Besten unseres Volkes gelitten und gekämpft hatten: das Deutsche Reich war wieder erstanden, in stolzer Macht und Größe, als eine Schöpfung, die, wie man glaubte, allen Stürmen der Zeit Trost bieten sollte. Freilich meinte damals Volk und Reich, Deutschland werde die Erregung des Jahres 1870/71 nach 50 Jahre verteidigen müssen.

Die Kasanbräuterei des großen Strategen sollte sich erfüllen, rascher und juchender, als er selbst gehahnt. Denn heute, nach einem halben Jahrhundert, ist die Schöpfung des 18. Januar 1871, das Deutsche Reich, von seiner ragenden politischen Höhe heruntergestürzt, macht- und wehrlos, einer unerfährlichen Nachwelt seiner Feinde preisgegeben. Wohl sieht noch der Bau des Reiches, aber er zeigt Risse und Spaltungen; seine Fassade hat durch Abspaltung kostbarer Teile schweren Schaden gelitten und ein halberfüllter Feind ist eifrig bemüht, das Gefüge des Reiches mit allen Mitteln zu lockern und lebenswichtige Stütze — man denke nur an das, was jetzt in Oberschlesien geschieht — weiter abdrücken zu lassen.

In der am 18. Januar 1871 an das deutsche Volk ergangenen Proklamation war gesagt, daß das neu-erstandene Deutsche Reiches Bestimmung dahin gehe, den Frieden zu wahren und die Unabhängigkeit Deutschlands zu verteidigen; daß es nicht auf kriegerische Eroberungen gerichtet sei, sondern auf Wehrung der Gaben und Güter des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit.

Dieses Versprechen wurde treulich gehalten. So oft auch seit 1871 dunkle Wolken am politischen Himmel heraufzogen und ernste Gefahren den Frieden Europas bedrohten, immer war Deutschland bemüht, der Welt den Frieden zu erhalten. Diese Friedensliebe und Friedensbemühung hat uns nichts genützt. Das neue Deutsche Reich war nun einmal schon in seinem Entstehen nicht nach dem Willen des Auslandes, und seine Widersacher begannen nur zu bald die Fäden zu spinnen zu dem Netz, das uns zum Verderben gereichen sollte. Leider fehlte uns seit 1890 ein zielbewußter Staatsmann, der mit Kraftvoller und geschickter Hand dieses Netz zerrissen hätte. So kam das Verhängnis und zog uns in den furchtbaren aller Kriege, in welchem das deutsche Volk einer Welt von Feinden gegenüberstand, um schließlich nach heldenhaftem Ringen, verlassen von seinen Bundesgenossen, gegen eine ungeheure Übermacht zusammenzubrechen. Damit schien die Möglichkeit für die Feinde gekommen, um die Schöpfung des 18. Januar 1871 zu zertrümmern und das Reich in Stücke zu schlagen. Am Willen dazu hat es wahrlich nicht gefehlt, und der sogenannte Frieden von Versailles ist so geschrieben, daß er den Gewalttätigen immer neue Handhaben bietet, um durch fortwährend gesteigerte Forderungen dem niedergelassenen Volk neues Blut zu entziehen und es wirtschaftlich dem Ruin entgegenzuführen. Daß das was abgepreßte Diktat von Versailles nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist, hat Clemenceau selbst erklärt. Entsprechend dieser wohlbedachten Absicht, den Kriegszustand gegen Deutschland zu einem dauernden zu machen, wurde

auch in der französischen Kammer am 23. Dezember von gewichtiger Seite die Erklärung abgegeben, daß die Befehung des linken Rheinufers zeitlich überhaupt nicht begrenzt sei; und wenn der französische Botschafter in Rom bei dem letzten Neujahrsempfang das Wort von „den natürlichen Grenzen Frankreichs“ sprach, so wissen wir seit den Tagen Micheliens, was damit gemeint ist. Wir sind aus dem politischen Spiel der europäischen Staaten ausgeschaltet, und daß auch, abgesehen von der politischen Anbelangung, durch die wirtschaftliche Einschränkung die schrecklichsten Notstände unsere ganze Bevölkerung an Leib und Leben zermürben, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden. Jedes hungernde und frierende Kind, jede von Sorgen gebeugte Mutter gestaltet sich zu einer schweren Last gegen diese den Krieg auch im Frieden fortführende Politik eines unerbittlichen Feindes.

So bietet die Gegenwart ein geradezu trostloses Bild, und auch aus der Zukunft strahlt uns ein Medusenhaupt voll Not und Elend entgegen, das uns mit Schrecken erfüllt. Man muß weit suchen in der Vergangenheit, um ein ähnliches Schicksal eines großen, hochstehenden Kulturvolkes zu finden. Unsere eigene Geschichte kennt das Ende des 30jährigen Krieges als die traurigste Epoche Deutschlands. Dieser entsetzliche Krieg hatte Deutschland die Hälfte seiner Bewohner und zwei Drittel seiner beweglichen Habe gekostet, der Wohlstand war vernichtet, das Land verwüstet. Heute ist zwar dank der Tapferkeit unseres Heeres der Grund und Boden von der Geißel des Krieges verschont. Aber der Gemaldfrieden hat das weitaus wichtigste Volk seiner militärischen Machtmittel so beraubt, daß ihm kaum die unerlässlich notwendigen Kräfte zum Selbstschutz für seine persönliche Sicherheit gelassen sind. Unsere Arsenale sind geleert und der Feind im Lande bewacht jede Bewegung unserer Wehrkraft; die Grenzfestungen sind geschleift oder abgetreten, die Wehrverfassung aufgehoben und die Kriegswissenschaft bis hinauf zum Generalfeld und der Kriegsschule verboten.

Und doch; wenn uns auch Heer und Schiffe und Kanonen genommen sind — eines konnte uns nicht genommen werden: der deutsche Geist, der Geist der Erfindung und Wissenschaft, welcher der ganzen Welt so unendlich viele und hohe Werte geschenkt hat. Aus den Urkräften dieses deutschen Geistes ist jetzt dem ausgeschöpften Staate ein neues Leben, sozusagen eine neue Seele einzusuchen. Vor allem gilt es, die Jugend, auf deren Schultern der Wiederaufbau des Vaterlandes geleistet ist, tief einzunehmen in den Reichtum dieser deutschen Geisteskräfte, in Literatur und Technik, Kunst und Wissenschaft, nicht zuletzt aber auch auf dem Gebiete, wo die schwächste Seite des deutschen Wesens liegt, dem nationalen, auf das Vaterland und den Staat gerichteten, eine klare Erkenntnis zu vermitteln. Allerdings gehört dazu in erster Linie eine gründliche Einführung in unsere nationale Geschichte. Daß die Kenntnis der eigenen Geschichte in weiten Kreisen des deutschen Volkes lange nicht in dem Grade verbreitet ist wie bei den ausländischen Nationen, hat man oft gerügt, und es wird daher nur gerechtfertigt sein, wenn eine stärkere Betonung der deutschen Geschichte, besonders der neueren, verlangt wird. Dem Engländer werden selbst grobe Verstöße in der auswärtigen Geschichte, wie viele Beispiele zeigen, in seiner Heimat ohne weiteres verziehen, Unkenntnis in der englischen aber niemals. Eine durchdachte und zielbewusste Geschichtsunterweisung darf es jedoch nicht verkümmern, an der Hand der Geschichte der Jugend zum Bewußtsein zu bringen, daß eben eine Betrachtung unserer Vergangenheit mit zwingender Überzeugungskraft der Jugend vor die Seele

führt, was dem großen nationalen Gesamtinteresse frommt, was politisch möglich ist oder unmöglich, notwendig oder abzulehnen, und worin die Mittel zur Erreichung des Notwendigen liegen. Wir meinen damit durchaus nicht jene nationalistiche Gefinnungsdressur, wie sie von den Franzosen bekanntlich seit langem gepflegt wird, wo ein durch maßlose National-eitelkeit verzerrter Patriotismus sich nicht scheut, schon in die Kinderherzen durch chauvinistische Schullektüre, ja sogar durch Kleinförderbilderchen den Haß gegen Deutschland zu pflanzen. Eine solche Vergiftung der Kindseele ist dem deutschen Wesen fremd. Auch die eigentliche Politik und zumal jede Art von Parteipolitik bleibt mit Recht von der deutschen Schule ausgeschlossen. Was wir wollen, sagt der schon vor 100 Jahren von dem tiefstimmigen Robakis erhobene Mahnruf: Der Staat wird bei uns zu wenig verlobt. Es sollte Staatsverführer, Prediger des Patriotismus, geben. Ein solcher Prediger trat damals auf in Fichte, der mit dem glühenden Feuer eines Propheten das deutsche Volk nach dem tiefen Unglück von 1806 aufzurichten und den nationalen Geist zu wecken unternahm. Sein Werk wurde in der nachfolgenden Zeit nicht in seinem Geiste weitergeführt. Zwar haben unsere Schulen in den letzten Jahren eine besondere staatsbürgerliche Erziehung oder „Bürgerkunde“ in den Lehrplan aufgenommen, worin über die staatlichen Institutionen, Verfassung und Verwaltung mehr oder weniger eingehende Aufklärung vermittelt wird. Aber was Fichte wollte, war mehr als diese utilitaristische Belehrungen, so gut, nützlich und sogar notwendig diese auch sind. Der große Philosoph und Erzieher Deutschlands wollte das Volk in freier Selbsttätigkeit zur nationalen Persönlichkeit, zur Nation erziehen und vor allem eine lebensvollere, tiefere Auffassung des Staatsgedankens begründen. Ursache des Zusammenbruchs von 1806 war ihm der Mangel an nationalen, an deutschen Geist, darum forderte er Erziehung zum deutschen Wesen und deutschen Charakter. Da nun aber eine jede Erziehung, auch die nationale, politische und staatsbürgerliche, ein Erkenntnis — und zugleich ein Willensproblem ist, so muß nach seiner Ansicht allerdings zunächst eine tiefere Einsicht in die Vergangenheit des deutschen Volkes gewonnen werden, eine Einführung in die große Überlieferung desselben, in seine Ziele und in die ihm vom Schicksal gesteckten Aufgaben. Aus den Tatkraften der Geschichte, aus unseren Siegen und Niederlagen, unseren Kämpfen und Leiden um das Entstehen und Bestehen des Staates und der Nation wird dann aber weiterhin die Überzeugung fließen, daß der Einzelne dem Staate nicht gleichgültig gegenüberstehen darf, daß vielmehr jeder die Geschichte seines Staates miterleben, sie als ein eigenes Schicksal mitempfunden und auch mittragen muß. Dadurch wird erst im Volke der Wille zur Nation, zum Staate geweckt. Die der Jugend gewidmete staatsbürgerliche Erziehung darf sich daher nicht begnügen, die verschiedenen politischen Staatstheorien, wie sie von Plato und Aristoteles bis Rousseau und Hegel entwickelt wurden, den jugendlichen Geistern vorzutragen, sondern sie hat vor allem auch zu zeigen, daß der Staat seiner Entstehung und seinem Wesen nach zunächst auf Durchsetzung seines Stammes und auf Selbstbehauptung gerichtet sein muß, daß er ferner kein fremdes, außer uns stehendes Gebilde ist, sondern daß wir selbst es sind, die den Staat bilden, so daß es also unser eigenes Interesse ist, wenn wir entschlossen und rücksichtslos im Staatsgedanken aufgehen. Erst wenn sich der Einzelne von dieser Überzeugung durchdringen läßt, daß alle seine Kräfte dem großen Ganzen gehören, wird das

Gefühl der Verantwortung und der unbedingten Pflicht gegen das Gemeinwohl und gegen den Staat, gleichviel, welches auch dessen äußere staatsrechtliche Form oder Verfassung sein mag, lebendig werden. Auf diese Weise wird auch der uns Deutschen im Blute liegenden und so oft verhängnisvoll gewordenen Neigung zu kosmopolitischen Träumereien und dem nur allzuoft verbreiteten politischen Individualismus wirksam entgegengewirkt.

Man sollte meinen, die juchende Lage des Vaterlandes müßte heute alle Schichten zu einem energischeren politischen Denken und Willen hindrängen, wodurch die wie ein Fluch auf unserm Volk lastende Verfluchtheit endlich erlöset und das Bewußtsein geweckt wird, daß Volksgemeinschaft für uns jetzt auch Schicksalsgemeinschaft geworden ist, die uns nun einmal auf Tod und Leben verbindet und den Willen zur gemeinsamen Arbeit an der Gesundung des Reiches als eiserne Notwendigkeit empfinden läßt. Es hilft uns nichts, immer wieder den Blick rückwärts auf das Geschehene, Unabänderliche zu richten; noch weniger wird ein großes Volk von 60 Millionen, das nicht nur eine reiche und ruhmvolle Geschichte hinter sich hat, sondern auch — woran heute am 18. Januar wohl erinnert werden darf — während der vier Jahre des Weltkrieges geradezu staunenswertes geleistet hat, Kleinmütigkeit an die Stelle des Heldennutzes setzen dürfen, anstatt die alte, aber niemals klagen gestrafte Mahnung zu beherzigen, daß nur derjenige verloren ist, der sich selber aufgibt.

Aus den Stürmen der Revolution hat sich bei unserem ganzen Volk unzulänglich das entscheidende Bewußtnis zur Einheit der Nation und des Reiches siegreich durchgerungen, und das heutige Werden des Geburtsstages der Reichsgründung darf als ein erfreuliches Zeichen und zugleich als ein Gebot betrachtet werden, an der Einheit des Reiches unverbrüchlich festzuhalten. So mag denn der heutige 18. Januar den kräftigen Impuls geben, alle Schichten und Kreise unseres Volkes anzufachen, das uns trotz aller Anschläge des Feindes dennoch erhaltene höchste politische Gut, die nationale Einheit, mit allen Mitteln hochzuhalten und in selbstloser Hingebung am Aufstieg des schwer darniederliegenden Vaterlandes mitzuwirken.

Leibniz hat einst vom 30jährigen Krieg gesagt, beim Abbruch desselben sei von allen Augen den Deutschen nur der deutsche Fleiß übrig geblieben, damit aber auch das einzige Mittel der Rettung für Leib und Seele. Dies hat sich damals bewahrheitet. Unter dem Sporn der Not hat das deutsche Volk, hoch und nieder, Bauer und Handwerker, in jähler Anspannung aller Kräfte den Segen treuer Arbeit wiedergefunden und damit auch die Vorbedingung geschaffen für den staatlichen Wiederaufbau. Das ist jetzt auch unser Schicksal: von außen haben wir nichts zu erwarten, aber den deutschen Fleiß und die deutsche Arbeit kann uns niemand rauben und durch sie allein können wir die Wiedergeburt des aus tausend Wunden blutenden Vaterlandes herbeiführen. Genießt die Welt der politischen und sittlichen Erneuerung der Nation schwer und mühevoll sein und es werden lange und harte Jahre darüber hingen. Aber leicht ist unserm deutschen Volke nie etwas gemacht worden. Ist es doch einmal sein Verhängnis, freilich aber auch sein Stolz, daß der Deutsche sich immer aus eigener Kraft aus der Nacht zum Licht emporspringen mußte. Für den einzigen Weg zur Erfüllung der vor ihm liegenden Aufgabe wird aber jedenfalls unserem Volke bei dem von Carlisle stammende Wort als Lösung gelten müssen: „Arbeiten, nicht verzweifeln!“

Staatsminister a. D. von Brauer. / Großherzog Friedrich I. von Baden.

Es ist allgemein bekannt, daß Großherzog Friedrich I. den Beruf Preußens zur Lösung der deutschen Frage sehr früh erkannte und seine Politik danach einrichtete. Die Zeit fand ihn bereit, mitzuhelfen an dem großen Werke und alle Opfer zu bringen, die die Schaffung der Einheit Deutschlands von einzelnen Fürsten fordern mochte. Man weiß auch, wie schmerzhaft es dem Großherzog war, daß das neue Deutschland 1866 am Main halt machen mußte und wie er bald nach Friedensschluß sein Heer nach preussischem Muster umbildete und sich bemühte, mit seinem Lande in den Norddeutschen Bund aufgenommen zu werden, weil er von einem paritätischen Südbund nichts wissen wollte.

Weit weniger bekannt sind die großen und bleibenden Verdienste, die er sich im Winter 1870/71 im Hauptquartier zu Versailles um die Schaffung der deutschen Einheit und die Wiedererweckung des Kaiserthums erworben hat. Die fünfzigste Wiederkehr des Geburtstags des Deutschen Reiches gibt Anlaß, diese Verdienste in Erinnerung zu bringen.

Als die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten behufs Erweiterung des Norddeutschen Bundes in Versailles beginnen sollten, begab sich Großherzog Friedrich alsbald dorthin, um bei diesen wichtigen Staatsakten selbstständig mitwirken zu können. Er trat am 5. November im Hauptquartier ein. Seine Minister Jolly und Freytag waren schon einige Tage vorher nach Versailles gereist.

Die Verhältnisse waren damals noch recht ungeklärt. Der durch und durch national gesinnte Großherzog war sich seines Weges klar bewußt. Für ihn konnte es sich nur darum handeln, sein Möglichstes zu tun, damit der Siegespreis für die herrlichen Taten des Heeres nicht verloren ginge. Als Siegespreis sah er an, daß Deutschland geeint und ihm eine würdige und dauer versprechende Gestalt gegeben werde. Das deutsche Volk sollte nicht wieder um die Erfüllung seiner Wünsche gebracht werden wie nach den Befreiungskriegen der Jahre 1813/15.

Daß Kaiser und Reich wiedererstehen müsse, darüber war der weitaus größte Teil der Nation im Grundsatze völlig einig; über die Einrichtungen aber, die dem neuen Deutschland zu geben seien, gingen die Meinungen noch sehr auseinander. In weiten Kreisen des deutschen Bürgerthums war eine unitarische

Strömung vorherrschend, die ohne Rücksicht auf die bestehenden dynastischen Verhältnisse den Einheitsstaat erstrebte. Um so mißtrauischer waren die Regierungen, die sich zunächst beobachtend zurückhielten. Die mächtige katholische Partei in Bayern und die Demokraten in Württemberg, die der natürlichen Vormachtstellung Preußens widerstrebten, bestritten ihre Regierungen in ihrem selbständigen Verhalten. Nur die badische Regierung erklärte sich alsbald zu Verhandlungen über den Eintritt in den Norddeutschen Bund rüchthaltig bereit. Dem Großherzog, der die Interessen des Ganzen höher stellte als seine eigenen, fiel es nicht schwer, auf einen Teil seiner fürstlichen Hoheitsrechte zu verzichten. Würde er doch, daß er das persönliche Opfer für die Macht und Stärke Deutschlands bringen würde. Am allerwenigsten beanspruchte er eine Belohnung für seine vaterländische Haltung und Gesinnung. Den Gedanken der Schaffung eines Königreichs Baden-Elß, der damals viel, allerdings mehr im Publikum als in maßgebenden Kreisen, erörtert wurde, wies er weit von sich. Esß-Lothringen müsse in Preußen aufgehen, so war seine Meinung, da nur dieser Staat die Kraft habe, die neuen Gebiete dem Deutschthum zurückzugewinnen. Ein badisch-elsässisches Königreich konnte um so weniger seinen Beifall finden, als der Plan nur ausführbar gewesen wäre mit gleichzeitiger Abtretung eines Teils der badischen Pfalz an Bayern. Einen solchen „Vänderschacher“, wie er es nannte, wies er mit Entrüstung zurück; ein Rückfall in die Zeiten des Rheinbunds entspräche weder seiner persönlichen Gesinnung noch auch der neuzeitlichen Staatsauffassung.

Der Vertrag mit Baden konnte schon am 15. November unterzeichnet werden. Der Großherzog beanspruchte keinerlei Vor- oder Sonderrechte, weder auf militärischem Gebiete noch auf dem der Post- und Telegraphenverwaltung; nur in der Getränkesteuerfrage wollte er einer etwaigen Sonderstellung anderer süddeutscher Staaten beitreten. Dieser Vorbehalt galt ja nicht seiner Person, sondern seinem Lande!

Die Militärabereinkunft, die das badische Heer in das preussische aufgehen lassen sollte, kam erst zehn Tage später zustande. Der preussische Kriegsminister Roon hatte anfangs Schwierigkeiten gemacht. Ihm

war vom Standpunkt des altpreussischen Offiziers die Verschmelzung aller deutschen Kontingente zu einem „deutschen Heer“ wenig sympathisch. Er fürchtete, es könnte der alte gute Preußengeist darunter leiden. Dem Großherzog dagegen schien eine solche Vereinheitlichung aller Heere und Heeresrichtungen im Interesse der Schlagfertigkeit der Armee geboten, und er hoffte, durch sein Vorgehen für die andern süddeutschen Staaten vorbildlich zu werden. Indessen wirkten die rasch und glatt zu Ende geführten Verhandlungen mit Baden zwar fördernd auf den Verlauf der Verhandlungen mit den andern süddeutschen Regierungen ein, hatten aber leider wenig Einfluß auf deren Inhalt. Die Verträge kamen alle im Laufe des November zustande, die bayerischen und württembergischen aber nur unter Bewilligung weitgehender „Reservatrechte“, die in vaterländisch gesinnten Kreisen des Nordens wie des Südens viel böses Blut machten. Auch dem Großherzog war es eine schmerzliche Enttäuschung, daß seine hochherzige Opferfreudigkeit auf die süddeutschen Nachbarn so wenig Eindruck gemacht hatte. Seinen schönsten Lohn fand er in der verständnisvollen und freudigen Zustimmung des badischen Volkes zu seiner Politik. In beiden badischen Kammern wurden die Verträge scharf einstimmig angenommen, und in einer Adresse der Stände kam das Vertrauen zu seiner nationalen Haltung und die Dankbarkeit dafür zu würdigen Ausdruck. „Als es galt, das Einigungswerk Deutschlands zu vollenden“, heißt es in dem Schriftstück, „war Eure Königliche Hoheit der erste, um das Wort der Treue gegen Deutschland mit Verleugnung jedes Sonderinteresses einzulösen in der Überzeugung, daß das, was Deutschland stark und frei zu machen berufen ist, auch dem Teil zum Segen und Heil gereicht. Das badische Volk, ja das ganze deutsche Volk weiß es, daß unter allen seinen Patrioten keiner hochstimmiger, keiner mehr von treuer Liebe zum Vaterland befeuert die Einigung Deutschlands erstrebt und ihren Anbau befördert und vollzogen hat als Badens Fürst.“

Nicht minder bedeutungsvoll war die politische Tätigkeit des Großherzogs, als es sich darum handelte, das deutsche Kaiserthum wieder erstehen zu lassen. Daß der alte Kaiserthum, die Sehnsucht des Jahrbüchertums sich erfüllt erfüllen sollte, war ein Herzens-

wunsch aller nationalen Kreise, und der Großherzog teilte diese Gefühle vollkommen; aber er wußte auch, daß die Frage nicht so einfach zu lösen sei, wie es vielen erschien, und daß sie in Rücksicht auf dynastische Empfindungen mit seinem Takt und großer Vorsicht behandelt werden mußte. Dazu war gerade er der rechte Mann. Er war mit Bismarck darin einig, daß das Anerkennen der Kaiserwürde an den König von Preußen von dem größten Bundesgenossen, dem König von Bayern auszugehen habe.

Der Großherzog unternahm es, den König Ludwig zu einem entprechenden Schritt zu bewegen. Er hätte ihn am liebsten persönlich aufgesucht; aber er später in geistiger Unmacht gestorbene König war schon damals so eigenmächtig und menschenfremd, daß der Versuch aufgegeben werden mußte. Er wandte sich daher schriftlich an den König. „Ein vergänglichlicher Ruhm“, heißt es in dem Schreiben, „wird sich an den Namen Eurer Majestät knüpfen, wenn der große Wendepunkt, an dem die Geschichte Deutschlands sich gegenwärtig befindet, durch Ihre tüchtige Initiative dahin führt, daß die schweren Opfer der Nation zuletzt mit Anerbietung der Kaiserwürde an den greisen Heldenkönig gekrönt werden.“

Das Schreiben hatte unmittelbar keinen Erfolg. Erst Bismarck gelang es, den König Ludwig zur Fertigstellung jenes bekannten Briefes zu veranlassen, der das Anerkennen der Kaiserkrone an König Wilhelm enthielt. Aber die „prachtvollen Worte“ (Ausdruck des Kronprinzen) im Schreiben des Großherzogs mochten doch den Boden vorbereitet und den Erfolg des Bismarckischen Briefes erleichtert haben.

Der Großherzog war im Hauptquartier allmählich der berufene Vermittler geworden bei allen Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten, die ja in dem großen Kreise bedeutender Männer, deren Geschäftsbereich sich vielfach berührten, nicht immer zu vermeiden waren. Namentlich der geniale Strategie und der geniale Staatsmann waren nicht selten in wichtigen Punkten verschiedener Meinung, wie z. B. in der Frage der Beschiebung von Paris, und jeder wollte genügt, sich dem andern unterzuordnen. Da zeigte sich denn häufig der gute Einfluß des Großherzogs, der mit seiner vornehmen Ruhe und großer Objektivität fast immer einen Weg des Ausgleichs zu finden wußte. Der aufmerksame Beobachter

Jener Zeit spürt seine Hand in vielen wichtigen und schwierigen Entscheidungen. Bismarck hat seine wertvollen Dienste durchaus anerkannt.

Schwierigkeiten in der Kaiserfrage bestanden aber nicht bloß auf der anbietenden, sondern auch auf der empfangenden Seite. König Wilhelm, darin bekräftigt von einem Teil seiner militärischen Umgebung, konnte lange Zeit an der neuen „Titulatur“, die er verbindlich mit dem „Charakter-Major“ verglich, keinen rechten Gefallen finden.

Am 18. Dezember — am Tage, da unsere Badener bei Ruits kämpften — empfing König Wilhelm die Würdigung des Reichstags, die die Bitte aus sprach, es möge dem König gefallen, „durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswort zu weihen.“

Nachdem solchergestalt auch der Reichstag sein gewichtiges Wort gesprochen hatte, handelte es sich noch um die Frage, in welcher Weise die Wiedererrichtung des deutschen Kaiserreiches feierlich kundzugeben sei. Am Neujahrstage war darüber noch kein endgültiger Beschluß gefaßt; aber ein schwingvoller Trinkspruch des Großherzogs im Schloß zu Versailles deutete die Zukunft an mit den Worten: „Wir erblicken heute schon in Eurer königlichen Majestät das Oberhaupt des deutschen Kaiserreiches und in dessen Krone die Bürgschaft unüberwindlicher Einheit.“

Schließlich wurde vom König mit weisem Bedacht der alte preussische Krönungstag, der 18. Januar, für die feierliche Kaiserproklamation festgesetzt. Aber nun zeigte es sich, daß der König von der im Schreiben Ludwigs und in der neuen Verfassung festgelegten Form des neuen Titels „Deutscher Kaiser“ nichts wissen wollte. Er wünschte die Bezeichnung „Kaiser von Deutschland“ zu erhalten.

So kam der 18. Januar heran, ohne daß die Frage geklärt war. Der König hatte sich bereits zu den versammelten Fürstlichkeiten begeben, als der Großherzog, einen freien Augenblick benutzte, um ihm zu sagen, daß er beim Hochausbringen doch wohl nur die Ausdrücke gebrauchen könne, die den gegebenen Bestimmungen entsprächen.

Darauf schritt der König mit den Fürsten in den großen Spiegelsaal, in dem die übrigen Teilnehmer des Festes bereits versammelt waren. Der Kanzler verlas die schöne Proklamation, und nun war der Augenblick gekommen, in dem der Großherzog in seiner geschickten Art, entsprechend seinem persönlichen Sinn und seiner politischen Klugheit, die Streitfrage einfach umging.

Es war ein großer geschichtlicher Augenblick. Das Fest ohne Vermittlung verlief, war ausschließlich dem Großherzog zu verdanken. Und so war es denn diesem Fürsten, der so eifrig für das Reich und die Kaiseridee gearbeitet und für sich selbst so gar nichts beansprucht hatte, es war diesem deutschen aller Fürsten vergönnt, gleichsam der Rate des neuen Reiches zu werden.

mation im Schloß zu Versailles krönte und besiegelte das weltgeschichtliche Ereignis.

In den folgenden Jahren war der 18. Januar in der Erinnerung der Zeitgenossen allmählich in den Hintergrund getreten. Man feierte lieber den Sedanstag als Erinnerung an unsere herrlichen Siege oder auch den 10. Mai als den Gedenktag des Friedeabschlusses. Aber der Großherzog hat sein Leben lang, und mit Recht, immer wieder die Bedeutung des 18. Januar hervorgehoben. Er pflegte an diesem Tage seinen Ministern und den Veteranen von 1870 ein Festessen zu geben und jedes Jahr mit schönen und tiefempfundenen Worten, wie sie nur ihm zu Gebot standen, des Tages zu gedenken.

Die Worte haben auch heute noch volle Bedeutung, sogar mehr denn je! Wir Badener aber haben allen Grund, am fünfzigsten Geburtstag des einst so blühenden und mächtigen deutschen Reiches des Mannes dankbar zu gedenken, der einst das erste Hoch auf den ersten deutschen Kaiser ausbrachte und sich in seiner über fünfzigjährigen Regierung unsterbliche Verdienste um das Reich und unsere Heimat erworben hat.

Großherzog Friedrich II. als Mensch.

Eine Beurteilung und Würdigung der rein menschlichen Eigenschaften des letzten Großherzogs ist bei seiner Zurückhaltung und Bescheidenheit zwar keine leichte, bei den heutigen Verhältnissen aber eine umso dankbarere Aufgabe. Bei einer Untersuchung nach dieser Richtung begegnet man, was eigentlich selbstverständlich ist, zunächst Eigenschaften, wie sie seiner Mutter, der Großherzogin Luise, eigen sind, deren Werten in allen Gebieten des Familienlebens vorbildlich ist. Als treue Gattin hat sie ihren Kindern nicht nur eine gute, ja mütterliche Kindererziehung bereitet, sondern es auch meisterhaft verstanden, ihnen edle Erdennütigkeit und Demut einzupflanzen, ihr Pflichtgefühl zu wecken und zu stärken und sie zu jederzeit hilfsbereiten Menschen zu erziehen, wofür sie ihnen in ihrem eigenen Leben das Beispiel gegeben hat.

denjenigen Grundzügen wurde auch sein Betier, Prinz Max, unterrichtet. Als er in das Gymnasium in Karlsruhe eintrat, legte sein Vater dem damaligen Gymnasialdirektor Dr. Wendt dringend die Bitte ans Herz, daß sein Sohn in keiner Weise irgend anders behandelt würde als die übrigen Schüler des Gymnasiums. Und so fand auch der Erbprinz als junger Mensch im Gymnasium ein warmes und freundliches Heim.

Schon frühzeitig fand er Gelegenheit, Proben von seinen Fähigkeiten und Kenntnissen abzulegen, als ihm im Jahre 1883 anlässlich der schweren Erkrankung seines Vaters die Regierung von diesem übertragen wurde. Schon damals erkannten die Staatsmänner das hohe Pflichtgefühl und die Gewissenhaftigkeit des Erbprinzen, wenn auch namentlich die Sicherheit im Berufe mit den einzelnen Bedingtheiten noch der Vervollkommnung bedurfte.

Als der Großherzog kurz nach Eintritt in sein 51. Lebensjahr im Jahre 1907 die Regierung übernahm, verfügte er nicht nur über eine reiche Lebenserfahrung, sondern auch über eine alle Gebiete des öffentlichen Lebens umfassende Ausbildung, womit er wohl das Ziel erreicht hatte, das ihm und seinen Eltern stets vorschwebte. Das kam auch in seinem Auftreten an das badische Volk deutlich zum Ausdruck. Klar verständlich war jedes Wort des Anrufes, der sich durch militärische Klänge auszeichnete. Man fühlte, wie hinter jedem Wort der Verfasser stand; und getreulich hat er alles gehalten, was er damals dem badischen Volk gelobt hatte.

Fest und unerschütterlich hat er die Verfassung als bestes Gut hochgehalten und seine Person selbst unter sie gestellt. Er hätte auch den geringsten Versuch, gegen die Verfassung zu verstoßen, mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Strenge, mit der er die Erfüllung der Pflichten von allen Beamten forderte, hat er stets auch gegen sich selbst angewandt; sie wurde ihm fälschlicherweise öfters als Härte, ja sogar als Hartnäckigkeit ausgelegt. Und doch war der Grundzug seines Charakters Milde, Herzengüte und nie versagende Hilfsbereitschaft. Es ist leider nicht genügend in der breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden, wie sich der Großherzog bei jedem, auch dem geringsten, zu seiner Kenntnis gelangten Anlaß über die Verhältnisse der Betroffenen erkundigte, um, wenn nötig, alsbald helfend eingreifen zu können.

Seit seinem Regierungsantritt hat er sich, dank seiner Ausbildung in allen Zweigen der Staatsverwaltung, nicht mehr mit dem mündlichen oder schriftlichen Vortrag der Minister begnügt, sondern sich meist schon tags zuvor die betreffenden Akten vorlegen lassen, die er bis zum Erscheinen des Ministers zum Vortrag gründlich durchgesehen hatte. Bevor er seine Entscheidung fällte, mußten die von ihm erhobenen Einwände geklärt oder beseitigt sein. So gestalteten sich die für den Fernersehenen so harmlos sich ausnehmenden Vorträge der Minister zu förmlichen Dienstprüfungen. Aber mit Weidung des Dienstes war Friedrich II. sofort wieder der alte leutselige und menschenfreundliche Monarch von besonderer Gemüthsstärke, die auf alle mit ihm in Berührung kommenden Personen einen nachhaltigen Eindruck machte.

Obwohl gleich seinem Vater ein begeisterter Anhänger des Reiches, für das er kein Opfer scheute, war er doch ein ebenso guter Badener. Mit seiner ganzen Kraft trat er für die Rechte der Badener ein, namentlich wenn die Gefahr bestand, daß sie ungünstiger behandelt werden sollten als andere Deutsche. Aus zu Anfang des Krieges seine persönlichen Verdienste in Berlin für badische Soldaten auf Schwierigkeiten stießen, ließ er durch die Zivil- und Militärbehörden prüfen, ob und inwiefern die mit Preußen abgeschlossene Militärkonvention abzuändern wäre, um die Rechte der Badener besser zu wahren. Was später in dieser Richtung dem Land-

tag verlangt wurde, hatte der Großherzog schon in aller Stille, ohne Rücksicht auf etwaige Schwierigkeiten, von sich aus erledigt.

Im Charakterbild des letzten Großherzogs würde indessen ein wesentlicher Zug fehlen, würde man nicht wenigstens mit einem Worte seiner Eigenschaft als Sohn und Gatte gedenken. Mit einer geradezu rührenden Anhänglichkeit verebte er seine Eltern. Großherzogin Luise hat einmal in engerem Kreise darauf hingewiesen, daß sie den besten Sohn besitzt, der allein ihr den unheilbaren Schmerz um den heimgegangenen Gemahl etwas lindern könne. Sein Familienleben ist ja bekannt musterhaft. Auch die verwandtschaftlichen Beziehungen seiner Gemahlin zum Großherzoglichen und württembergischen Hofe pflegte er in herzlichster Weise.

Wenn es wahr ist, daß sich die Größe eines Menschen im Unglück zeigt, so hat Friedrich II. diese Prüfung während der Revolution glänzend bestanden. Auch die Führer derselben fanden für Friedrichs Regierungstätigkeit anerkennende Worte und betonten, daß sich der Umsturz nicht gegen die durchaus einwandfreie Person des Monarchen richtete.

Das Wohl des badischen Volkes allein, auch seines persönlichen Interesses, voranstellend, hat Friedrich II. mit Unerschrockenheit, aber auch in der ihm eigenen durchaus korrekten Haltung die Errichtung einer provisorischen Regierung lediglich durch die in Karlsruhe wohnenden Parteivertreter und Mitglieder des Soldatenrates zwar als verfassungsmäßig nicht anerkennend, aber gleichwohl keinen Widerspruch erhoben. Er wollte eben kein Hindernis der beabsichtigten Neugestaltung sein und nicht gegen den Willen des Volkes handeln. Sein letztes Wort galt wie sein erstes dem Wohl des badischen Volkes, für das er auch fernershin besorgt bleibt. Auch die Auseinandersetzungen zwischen dem Hofe und der neuen Regierung vollzogen sich dank der vornehmen Haltung des Großherzogs in durchaus würdigen Formen und sie begegneten deshalb im Lande nicht anderen, als in der Sache selbst gelegenen Schwierigkeiten.

So ragt denn seine Persönlichkeit mit ihrer Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit auch in die heutige Zeit herein als ein bleibendes Vorbild für das ganze badische Volk.

Walter Bloem. / Laßt uns ein Volk werden!

Wenn er dies Wort pöblich erschauen möchte, der Welt, den als ersten des neuen Deutschland Kaiser zu wählen — wenn er diesen fünfzigsten Geburtstag miterlebte — er würde stumm die gesuchte Stille senken und zu seiner Seele sagen:

„Ich hab's gehört... Welch unsterbliche Mähe hatten die Seinen gehabt — der Kaiser, der Schicksal von Baden, der Sohn — ihn überhaupt an den Kaisergedanken heranzubringen! Nicht nur, daß er aus seiner preussischen Haut nicht herauskam...“

„Preußen was bedeutete das? Ein langsames, Bewusstes, zäh geleitetes und durchgeleitetes Emporklimmen von Stufe zu Stufe — vier Jahrhunderte des unermüdbaren Aufstiegs in Zucht und Selbstucht, in Demut und Treue, in Entfaltung und Überwindung — kurz gesagt, das König Wilhelms eigenen Wesen und Schicksal tiefst gemäß war...“

„Über — Deutsches Reich — deutscher Kaiser? Das erinnerte an den Traum eines Jahrtausends, der mit der letzten Geste eines Genies begonnen und mit der letzten Geste eines Entarteten geendet hatte... an einzelne Augenblicke voll märchenhaften Aufschwungs — an endlose Epochen des Ernüchtens u. Niedergangs — an riesenmäßiges Wollen und fähiges Vollbringen — an immer höheres Verankern in Ohnmacht und Erbarmlichkeit — bis zum jämmerlichen, würdevollen Sturz...“

„Darum hatte er gezauert und sich gewehrt bis zum letzten Augenblick, der siegreiche Preußenkönig und Herzog aller Deutschen im großen Einigungskrieg — sich gewehrt, als man ihm die Kaiserkrone geboten... Und daß er sie schließlich doch genommen — sie hatten's ihm geradezu abhaken müssen — die Seinen...“

„Darum — und weil er ahnte, daß eine Würde, also ein gewisses, gewissen Vergangenseit, für die Zukunft eine ungeheure Belastung, eine Versuchung, eine Gebote neue Reich, dessen Bau sich auf dem Grunde der märkischen Scholle, auf dem Fundamente des Hohenzollernreiches erheben sollte.“

„Er hat es geahnt, das wußten wir längst.“

Und sein Ahnen hat recht behalten. Das haben wir lebend und zähmetrisch erleben müssen.

— Es hat wenig Wert, am fünfzigsten Geburtstag des Deutschen Reiches Vergleiche anzustellen. Was aus Bismarcks Schöpfung geworden ist, wir wissen es alle. Wie tief unser Sturz war — wie fangen an, es zu begreifen und zu erkennen.

„Aus Vergangenseit und Gegenwart laßt uns den Bild in die Zukunft erheben, einzig in die Zukunft. Uns — die wahrhaft Deutschen, das heißt die Glaubenden und Hoffenden. Die Jagen, die Zweifler und gar die Verzweifler — die mögen in ihren Eulenschöcken hocken und einander anjammern. Wir Glaubenden, wir Hoffenden: wir wollen mitkommen das Reichsjubiläum feiern.“

„Alles Schrecken weltgeschichtlicher Ironie ist in unsern Ohren, unsern Herzen. Verstumt ist in unserm Festtraum, und Halle fliehet in unser Festherz. Dennoch: laßt uns feiern.“

„Wir haben nicht umsonst in hundert Schlachten gestanden. Wir sind hart geworden. Wir brauchen keinen Chor und keinen Zuch, kein Ordensgepränge u. keinen Schmuck und, nicht Schmeicheln und nicht unsern besten. Es ist ein Fest unser Herzen: unserer nahigen, harten Soldatenherzen.“

„Und wir haben begreifen gelernt. Zwei unfähig harte Jahre voll Darbens am Tage, voll qualvollen Ringens in schalllosen Nächten haben uns wissend gemacht. Wir erkennen uns schuldig des guten, des allzu guten Glaubens an unser Vaterland, unser Volk und — an uns selbst.“

„Wir wädhnten, wir seien am 18. Januar 1871 ein Volk geworden — und hatten nur ein Reich errichtet. Und in diesem neu errichteten Hause haben wir's nur einem Teil der nachwachsenden Volksgenossen heimlich zu machen verstanden. Daß die Anders, die Unzufriedenen, die Unbefriedigten mürrisch und großend neben uns, mit uns in gemeinsamen Hause dahinlebten, wir haben's geahnt, gewußt, gesehen — und doch nicht zu bessern die Kraft und den Willen gehabt. Da haben sie denn selber angefangen zu bessern — mit täppischer Hand und im denkbar unglücklichsten Augenblick. Und so ist alles gekommen.“

„Trug die Krone, trug ihr Träger einen Teil der Schuld? Hat sie sich zu schwach erwiesen gegenüber den Versuchungen und Gefahren, um derenwillen ihr erster Träger sich so lange gegen sie gewehrt hatte?“

„Wir wollen's nicht erörtern, geschweige entscheiden. Die Krone ward zerbrochen, ihr Träger hat einen Sturz erfahren, der ohne Gleichen ist in der Weltgeschichte. War eine Schuld — sie möchte riesengroß gewesen sein und wäre doch gelüht durch joweil Leid und Schmach.“

„Wir wollen heute feiern —! Und darum wollen wir niemanden anfragen — als allenfalls uns selbst. Wir wollen uns bestimmen.“

„Bestimmen auf unsere Pflicht: bestimmen auf das, was die Schmede der deutschen Zukunft am 18. Januar 1871 vergessen hatten — und wir alle seitdem täglich und stündlich vergessen haben.“

„Dies Vergessene aber ist die Frage: nachdem wir ein Reich geworden waren — wie werden wir ein Volk?!“

„Wir waren's im Ernste kaum am Tage von Versailles — damals, als Bayern bei der Kaiserproklamation als Gast vertreten war, weil die Zustimmung seines Landtages zur Reichsgründung noch ausstand — als um den neuen Kaiser die Vertreter der „Bundesstaaten“ standen, fast ausnahmslos Souveräne, Trümmer und Splitter des mittelalterlichen Reiches, die sich den Verzicht auf einen Teil ihrer Souveränität mühsam genug von der Seele gerungen hatten und umso fester entschlossen waren, das Verbliebene zu hüten und zu verteidigen wie ein Palladium...“

„Wir waren's auch nur scheinbar am glorreichen Augusttag 1914, als wir Arm in Arm in junger Verbitterung hinausgingen, dem Ansturm der hallenden Welt die Spitze zu bieten. Damals einte uns die gemeinsame Not — nur sie — nicht das Gefühl tieferer Lebensähnlichkeit. Wir hätten schon vorher ein Volk müssen — dann hätte die Not uns nicht erst zu einigen brauchen, Abermaß und Überdauer der Anfechtung uns nicht wieder trennen können.“

„Nein — wir waren kein Volk. Wir müssen es werden — oder wir sind verloren, rettungslos.“

„Entschließen wir uns — und dies sei unsre Jubelfeier — entschließen wir uns, ein Volk zu werden. Er-

mamen wir uns zu der Erkenntnis, daß solange riesige Volksteile unser Vaterland nicht als ihre Mutter liehen, in unserm Staatswesen nicht die vollwertige Vertretung ihres Menschentums anerkannt — daß solange von einer Volkheit der deutschen Menschen keine Rede sein kann.“

„Entschließen wir uns, ein Volk zu werden!“

„Ihr Männer der schaffenden Hand — erkennt, daß ihr ohne des Kopfes Hilfe und Leitung verflümmern und verkommen mühtet. Und daß, wenn alle Hände der Welt sich zu einem Westbunde der Hände zusammenschließen würden, um die Köpfe ab- oder einzuschlagen und die Diktatur der Hände zu proklamieren — schon morgen sich alle Köpfe widereinander erheben mühten, um übermorgen zu ermaten und abzufterben und überübermorgen zu verfaulen.“

„Und ihr, ihr Bürger im weitesten Sinne, also ihr, die ihr jedenfalls nicht Proletarier seid — nicht Arbeiter, die ohne Hab' und Gube, wenn auch vielleicht bei reichlichen Solde, fremdem Schaffenswillen mechanische, von Liebe zum Wert und Wissen um sein Werden und Wirken nicht befehlte Hilfsdienste leisten — ihr Bürger, ihr Köpfe, vergeht nicht eurer Gehirnen, eurer Ernährer — der Hände! Strenge das Rechte eures Schaffens an, um eure Schuld gutzumachen — eure Schuld, daß ihr eine ganze nach vielen Millionen zählende Menschenseele im Laufe weniger Jahrzehnte entliehen liebet, ohne diesen neuen Menschen menschenswürdige Lebensbedingungen einzuräumen!“

„Schafft den Fäulnis die Möglichkeit, die gemeinsame Arbeit, das gleichen Zielen gewidmete Schaffen, bei aller gesellschaftlichen und geistlichen Aufstufung, als wesentlichen und freudig besahnten Lebensinhalt anzuerkennen und zu empfinden!“

„Mit einem Worte: lernt zusammenhalten!“

„Das ist unsre Festfeier zum fünfzigsten Jubiläum des Reichs!“

„Entschließen wir uns, dies Deutsche Reich der unseligen Gegenwart als die organische Fortsetzung des Reiches der äußerlich so glanzvollen Vergangenseit gelten zu lassen und auszubauen zum großen deutschen Volksstaat.“

„Noch einmal und immer wieder: laßt uns ein Volk werden!“

Dr. Curt Heinrich. / Bismarck und Cavour.

In diesen Tagen, wo der Name Versailles in uns zugleich stolze Erinnerungen und bitterstes Gegenwartsgefühl weckt, wächst die Sehnsucht nach schöpferischen politischen Persönlichkeiten, die gerade in tiefster nationaler Not und Verzweiflung neue Ziele erkennen und die Bahn dahin mit genialer Intuition, unabweisbarer Charakterstärke und feinstem Geschick frei zu machen wissen.

Schon heute wieder, zwei Jahre nach der deutschen Revolution, mitten in der siegreichen Demokratie, drängt sich allen politischen Köpfen als entscheidende Frage das Führerproblem auf. Auch die Volksherrschaft mit ihren Parlamentarismus- und Majoritätsregeln ist eben nur eine der möglichen Methoden des staatlichen Zusammenlebens.

Wir scheinen heute nur aber so weitentweit von Bismarck zu stehen, seine Erscheinung wirkt so heroisch-übergroß und die äußeren Gesamtvoraussetzungen haben sich so verändert, daß wir in unserer Sehnsucht nach dem neuen Führer unwillkürlich auch noch nach anderen Formen ausbilden, schon um uns selbst gegenüber dem Einwand der „Eingigkeit“ Bismarcks zu entlasten.

Und es gibt ja im neunzehnten Jahrhundert einen Staatsmann, der schon seit langem und oft in Parallele zu Bismarck gestellt worden ist, der politisch dieselbe geniale Einsicht in die Zukunftsnotwendigkeiten seines Volkes hatte, dieselbe leidenschaftliche Hingabe an die erkannte Aufgabe und eine ähnlich spezifisch-diplomatische Begabung, welche immer grundsätzliche Rücksichtslosigkeit in der Wahl der Mittel mit dem entscheidenden angeborenen Gefühl für das Erreichbare vereint.

Nation durch jahrhundertelange Fremdwirtschaft und Miswirtschaft zersplittert, zerrüttet und machtlos gemacht worden war und selbst das mutige Piemont „die Festung Italiens“ doch als Nachbarn keinen Vergleich mit dem nordischen Preußen aushalten konnte, ist die Leistung Cavour's, der Traum und Kampfziel einer doch nur dünnen, patriotischen Oberschicht gegen den Willen eigentlich ganz Europas durchsetzte, von so vorbildlicher politischer Größe. Sein Werk war von Anfang an mehr auf kluge Politik als auf Blut und Eisen gegründet und es war bei aller nüchternen Realisterei gegenüber Voltränken und Schwärmern, doch getragen von dem demokratischen Nationalgefühl, das alle schweren Reisen nach seinem Tode siegreich überstanden hat und heute wundervoll fest in den Grundbegriffen „Italienitas“ nationaler Zusammenfassung und sozialer Fortschritt wurzelt.

Niemals hat Cavour so schwere innere Kämpfe gegen eine im tiefsten Sinne doch dieselben Ideale liebende Opposition zu führen brauchen wie Bismarck in den sechziger Jahren. Niemals hat er freiwillig auch den gewaltigen Triumph des Erfolgs genießen können, wie dieser nach 1866 und 1871. Der Realpolitiker Cavour hatte genau wie Bismarck erkannt, daß der Weg zur nationalen Einheit von dem sicheren Boden eines geeinigten Staatswesens ausgehen müsse. Trotz des auch in Italien sehr ausgeprägten Landstättigkeitsgefühls hatte er es aber verhältnismäßig leicht, die übrigen Teile der Nation mit der Vollmachtrolle Piemonts zu versöhnen, weil fast alle eine Fremdherrschaft abzuschütteln hatten und weil der allem Nationalismus abgeneigte piemontesische Realpolitiker die nationaldemokratischen Strömungen, soweit möglich und nötig bewußt ausnutzte und lenkte.

kommt, so hat sie doch seinem Werke die innere Festigkeit gegeben. Die Verankerung in einer nationalen Demokratie hat dem grandiosen Werke Bismarcks gefehlt, das außerdem durch die latenten Gegensätze und Rivalitäten der verschiedenen Stämme und Dynastien belastet war. Diese Mängel sind darum selten hervorgetreten, weil der Stolz auf die politische Machtfülle des neuen Reiches und vor allem die Befriedigung über den unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung meist alle Bedenken zurückdrängte. Aber weder das deutsche Zentrum noch besonders die deutsche Sozialdemokratie hätten wohl soviel Internationalismus angenommen, wenn der deutsche Patriotismus mehr ein demokratisches, nationales Gemeingefühl gewesen wäre.

Dieser letztere Vergleich gilt aber vor allem auch dem Auslande gegenüber, das ursprünglich den italienischen wie den deutschen Gedanken durchaus ablehnte und in jedem Fall durch die überlegene Diplomatie Cavour's und Bismarck's überwandene wurde. Die Meisterleistung des Piemontesen, erst durch die Teilnahme am Krimkrieg seinen Staat an die Seite der Großmächte zu stellen und zugleich Österreich zu isolieren, dann Vergangenheit wie Charakter Napoleons III. gegen dessen Willen soweit für seine italienischen Pläne auszunutzen, bis das gereizte Österreich sich zu einem Ultimatum hinreißen ließ, und durch die französische Hilfe geschlagen wurde, und darauf Napoleon, als er zurückzuckte weil er so keinen italienischen Großstaat wollte, durch Volksabstimmung und Volkserhebung vor ein fait accompli zu stellen, gleichzeitig freudig durch Abtretung von Savoyen und Nizza zu beschwichtigen, das alles ist ein solches Muster an diplomatischer Konjunkturausnutzung, daß zweifellos Bismarck davon viel gelernt hat. Nur eben, daß auf seine geschickte diplomatische Vorbereitung die kriegerischen Hammerschläge folgten, deren Wucht die Welt erst betäubte und dann erschreckte.

schwachen Anfangskräfte durch alle Schwierigkeiten und trotz mancher angeborener Mängel stetig weiter entwickeln, und diesem Ziele diene eine kluge Außenpolitik, die oft als würdevoll und skrupellos beurteilt worden ist, aber doch im Cavour'schen Geiste Ziel und Erfolg behauptet hat. Wir wollen hier die Moralität der italienischen Bündnispolitik mit ihren „Rückversicherungen“ nicht unteruchen. Italien mußte bei seinen beschränkten Machtverhältnissen eben immer sehr peinlich der europäischen Gesamtsituation Rechnung tragen. Und diese war 1887 unter Bismarck eine andere als 1905 und gar 1914.

Es soll jetzt nur noch auf die Rolle hingewiesen werden, die das alte Habsburgische Österreich für das Werk Cavour's wie Bismarck's gespielt hat als letzte Erfüllung für den ersteren, als grausame Enttäuschung für den letzteren.

Es wird als einer der Höhepunkte Bismarck'scher genialer Einsicht bezeichnet, als er nach Königgrätz dem Drängen der preussischen Militärpartei widerstehend, dem geschlagenen Gegner mit äußerster Schonung begegnete, um den künftigen Bundesgenossen zu gewinnen. Bis zu dem Weltkrieg hat diese gute Rechnung auch gestimmt, und als sie dann nicht mehr stimmte, war es nicht mehr die Schuld des längst toten Bismarck, sondern seiner unselbständigen, ungenialen Nachfolger.

Aber wenn man heute die Schlussfolgerung der italienischen Tragedie bedenkt, ist doch wohl die Frage erlaubt: würde, wenn die Bismarck'sche Lösung der deutschen Frage weniger preussisch „Reindeutsch“ orientiert und mehr im nationaldemokratischen Gedanken des gesamten Deutschlands verankert gewesen wäre, nicht durch Angleichung der Deutschösterreich eine rechtzeitige Liquidierung des zu einem europäischen Staatheitsherde gewordenen Habsburgreiches unter aktiver Führung Deutschlands erfolgt sein?

Jetzt, in unserer tiefsten Erniedrigung und Not, ist Deutsch-Österreich für uns die deutsche Tragedie und verlangt zusammen mit der von neuem bis auf den Grund aufgerührten „deutschen Frage“ die befreiende Lösung.

Wo geht der neue Weg, wo sind die schöpferischen Geister, die uns Führer sein können?

Heute, wo wir in erschütterter Dankbarkeit und Trauer der Geburtsstunde des Deutschen Kaiserreiches Bismarck's gedenken, können wir nur geloben, in seinem Geiste mit nie rastender Hingabe nach Wiederherstellung der deutschen Einheit und der deutschen Größe zu streben, ohne zu vergessen, daß solches Nachstreben eines Großen segnet, pedantische Nachahmung aber lähmt. Und da das Deutschland von heute leider an Machtlosigkeit dem Italien Cavour's vor sechzig Jahren zu vergleichen ist, darf auch in Deutschland wohl die Erinnerung an diesen Mann, der ebenfalls ein genialer Führer zur nationalen Wollendung war, mit heraufgerufen werden.

Freiherr von Versner, M. d. R. / Versailles.

Clementine hat im vorigen Jahre im Palais Bourbon mit zynischer Offenheit erklärt: „Der Vertrag von Versailles ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln!“ Wir können wohl mit Recht hinzusetzen: mit langsameren, aber mit grausameren Mitteln als die blutigsten Schlachten des Weltkrieges.

Der Frieden von Versailles ist wohl der innere Grund fast allen Übels bei uns. Deutschland, sein Volk, sein Handel, seine Industrie sind durch Versailles und seine erzwungenen Schlingen zu schwerster Sklaverei verurteilt.

Entgegen den feierlichen Zusicherungen des Wilson-Programms, auf die hin wir die Waffen niedergelegt haben, sind uns widerrechtlich, fürchterliche Bedingungen aufgezwungen worden. Die ungeheure Kriegsschuld, die wir zu leisten haben, machen unsere Finanzen zu einem unentwirrbaren Chaos. Unser Ackerbau ist völlig vernichtet, unsere Auslandsverträge und Auslandsvermögen sind beschlagnahmt. Deutschlands Schifffahrt ist vernichtet, unsere große Handelsflotte fährt unter gegnerischer Flagge oder verrotzt aus Mannschafsmangel in den Häfen der Entente. Dabei müssen wir unseren Gegnern auf Jahre hinaus noch neue Schiffe zum Ersatz ihrer Kriegsverluste bauen. Zwecks Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Entente-Gebiete werden Maschinen aus den deutschen Industriebetrieben herausgerissen. Ungeheure Viehalieferungen, unter denen uns die Hergabe von vielen Tausenden von Milchkuh bei dem großen Nahrungsmittelmangel und dem furchtbaren Elend unserer Kinder besonders schwer trifft, sind uns auferlegt. Der Friedensvertrag und das unglückselige Abkommen von Spa haben unerbittlich harte Bestimmungen über riesige deutsche Lieferungen von Kohlen an unsere Gegner getroffen. Mit Naturnotwendigkeit müssen diese Lieferungen eine immer tiefergehende Lähmung der deutschen Industrie und des deutschen Handels herbeiführen. Wegen Kohlenmangels müssen Betriebe stillgelegt werden, Scharen von Arbeitern werden arbeitslos, ganze Industriezweige werden gedrosselt oder gar erdröckelt. Unsere heimische Industrie, die wohl die bedeutendste auf

der Welt war, wird durch die Ablieferung der Hälfte ihrer Bestände und eines Viertels ihrer jährlichen Produktion auf viele Jahre schwer geschädigt.

Der „Wiederherstellungsausschuß“ — die Reparationskommission — in Paris hat durch den Versailles Frieden eine Macht bei uns erhalten, wie sie noch niemals auch nur annähernd einem deutschen Kaiser oder einer deutschen Regierung zugefanden hat. Ein Feberreich des Wiederherstellungsausschusses kann blühende Gewerbe vernichten, kann Arbeitgeber und Arbeitnehmer brotlos machen, kann zu Ruß und Fronnen unserer Gegner uns jede beliebigen Lasten auferlegen.

Allein für das Rechnungsjahr 1920 sind über 40 Milliarden — vierzigtausend Millionen Mark — im Reichshaushalt für die Ausführung des Friedensvertrags vorgesehen. Das deutsche Wirtschaftsleben, die Finanzen, Handel und Industrie können solche Lasten unmöglich tragen und müssen zusammenbrechen! Dabei sind unsere Kolonien geraubt, Elsaß-Lothringen, Posen, das Saargebiet, Teile von Ostpreußen, Kuppen-Malmédy uns entziffen. Fürchterlich ist die Befehle des Rheinlandes und der Bräntschleife. Obereschleien mit seinen unentbehrlichen Kohlenlagern soll den Polen in die Hände gespielt werden. Eine heilige Pflicht jedes und jeder abstimmberechtigten Deutschen ist es, in Oberbeschleunigung mit dem Stimmzettel in der Hand für das Deutschland zu kämpfen und dieses schöne deutsche Land dem Vaterlande zu erhalten!

Selbst innerhalb unserer eigenen deutschen Grenzpfähle sind wir nicht mehr Herr unserer Entschlüsse. Der Versailles Vertrag sichert unseren Gegnern ausschlaggebende Verfügungsrechte über unsere Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen, sogar über den Luftraum über ganz Deutschland zu. Weiter sagt der Vertrag: „Wenn die deutsche Regierung internationalen Handel treiben will, so soll sie in dieser Hinsicht keinerlei Rechte, Vorzugrechte und Freiheiten der Souveränität haben, auch nicht so angesehen werden, als ob sie solche hätte.“ Der Friedensvertrag schneidet Deutschland jede Gelegenheit ab, seine Natur- und Gewerbeerzeugnisse

so zu vertreiben, wie seine wirtschaftlichen Bedürfnisse es gebieterisch verlangen. Die wirtschaftliche Rettung Deutschlands aus seiner verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage kann aber nur durch eine auf das Notwendigste beschränkte Einfuhr für die Warenherstellung und eine möglichst erhöhte Ausfuhr hochwertiger Erzeugnisse des deutschen Handels und der deutschen Industrie herbeigeführt werden.

Den ganzen Vertrag von Versailles beherrscht der Geist des Hasses, der Rachsucht, der Vernichtung. Die Folgen dieses Vertrages bei uns sind Hoffnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Unruhen! Mit Naturnotwendigkeit muß auf die Dauer dieser furchtbare Vertrag Deutschlands politisches und wirtschaftliches Ende herbeiführen. Dabei kann doch wohl kein Staat, ob Feind, ob Freund, kein noch so feindsinnig gesinnter Chauvinist daran vorbeikommen, daß der Ausfall Deutschlands im Wirtschaftsleben der ganzen Welt ein unersehlicher Verlust ist, eine Weltkatastrophe bedeuten würde. Es liegt klar auf der Hand, daß jeder, der nach den Bestimmungen des Friedensvertrages gegen Deutschland vorgeht, auf die Dauer gegen sein eigenes Interesse, gegen sein eigenes Wirtschaftsleben sündigt. Am klarsten hat dies wohl unser alter Verhandlungsgegner aus Versailles, der Engländer Keynes in seinem Buche über den Friedensvertrag ausgesprochen, wenn er sagt: „Die Politik, Deutschland für eine Generation in Knechtschaft zu führen, das Leben von Millionen menschlicher Wesen zu vernichten und einer ganzen Nation ihr Glück zu rauben, sollte verabscheuungswürdig und abscheulich sein. Verabscheuungswürdig und abscheulich selbst wenn diese Politik möglich wäre, selbst wenn sie England bereichern würde, selbst wenn sie nicht den Verfall des ganzen zivilisierten Lebens nach sich ziehen würde!“

Auch im feindsinnigen Auslande kann es in Wäld keine vernünftigen Menschen mehr geben, die nicht verstehen, daß der Friedensvertrag von Versailles eine völlige Unmöglichkeit ist. Sie werden einsehen oder haben eingesehen, daß der deutsche Handel, die deutsche Industrie, die deutsche Wirtschaft, das ganze deutsche Volk unter diesem Friedensvertrage nicht

weiterleben können. Die Weltwirtschaft selbst hat aber das größte Interesse an einem wirtschaftlich gefunden, arbeitenden, ruhigen Deutschland.

Daher wiederhole ich, was ich, seitdem ich aus der diplomatischen Laufbahn verabschiedet bin und in der Öffentlichkeit rede und schreibe, immer gefordert, immer wiederholt habe: völlige Revision des Friedensvertrages von Versailles nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im ureigensten politischen und wirtschaftlichen Interesse auch der Entente und der ganzen Welt!

Jeder von uns muß die Grausamkeit, die Unmöglichkeit, die Unausführbarkeit dieses Friedensvertrages immer wieder betonen, jeder an seiner Stelle sie beweisen. Ich konnte sie der Entente an dem ersten Punkte vor Augen führen, dessen Ausführung sie von uns nach Friedensschluß verlangte: bei der Auslieferung der sogenannten deutschen Kriegsverbrecher. Die empörende Auslieferungsliste wurde Herrn Milczand zurückgeschickt und das deutsche Volk hat mich damals nicht im Stich gelassen: einzig in ganz Deutschland in der Ablehnung dieses Auslieferungsvorganges gewesen und wir haben Erfolg gehabt. Jetzt wieder muß ein Schrei durch ganz Deutschland, die ganze deutsche Presse gehen: völlige Revision des Friedensvertrages von Versailles, wenn wir leben, wenn wir wieder hochkommen wollen!

Helfen wir alle mit! Ziehen wir alle an einem Strang, fordern wir unermüdet und unentwegend die Revision, bilden wir eine geschlossene innere Front aller Parteien gegen diesen Friedensvertrag, so wird die Welt uns hören!

Sind wir einig, verlangen wir mit der Energie und Fähigkeit des Lord Northcliffe die Revision des Versailles Vertrages, so wird die Entente auch in dieser Frage nachgeben, genau wie sie es in der Auslieferungsvorgange getan hat.

An der Macht unserer öffentlichen Meinung, an unserer Einigkeit muß und wird der grausame Friedensvertrag von Versailles zerbrechen!